

(A) Beginn: 10.02 Uhr

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur heutigen 134. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Ich begrüße auch die Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien. Ich heiße Sie herzlich willkommen!

Für die heutige Sitzung haben sich zwölf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe auf:

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/4450

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/4460

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 12/4500 bis 12/4516

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/4520

dritte Lesung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 12/4201

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/4521

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4202
Vorlagen 12/2943, 12/2998 und 12/3006

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/4450

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 12/4517

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/4522

dritte Lesung

Außerdem liegen Ihnen folgende drei **Entschließungsanträge** der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, über die wir nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2000 abstimmen werden. Es sind die Entschließungsanträge **Drucksache 12/4556** zum Stichwort "Den Qualitätspakt nutzen zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in NRW", **Drucksache 12/4557** zum Stichwort "Nicht benötigte Kindergartenplätze für andere Altersstufen nutzen" sowie **Drucksache 12/4568**, Stichwort: "Bürgerinformationszentrum - Bürgernahe Landesverwaltung durch verbessertes Kommunikations- und Beschwerdemanagement". Eine Übersicht über diese Entschließungsanträge mit den dazugehörigen Anträgen liegt Ihnen als Tischvorlage vor.

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

- (A) Ich eröffne hiermit die **Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Laurenz Meyer für die Fraktion der CDU das Wort.

Laurenz Meyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Überzeugung und unser Ziel von Politik ist, den Menschen eine bessere Chance für ihre Zukunft zu geben. Ich sage hier: Wir unterstellen, daß das auch die SPD zu Beginn dieser Legislaturperiode gewollt hat.

Der ehemalige Ministerpräsident Rau hat in seiner Regierungserklärung gesagt: "Wir werden die wirtschaftliche Kraft unseres Landes stärken und so dazu beitragen, daß neue Chancen und neue Arbeit entstehen können und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden."

Herr Clement hat bei seinem Antritt gesagt: Nordrhein-Westfalen "mit höchstem Tempo und voller Kraft" wieder auf einen Spitzenplatz bringen und zum stärksten Bundesland, "zur Nummer 1 in Deutschland" machen.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

- (B) Nun sind wir heute zum Ende der Legislaturperiode beim letzten Haushaltsplan und können Bilanz ziehen. Wir müssen feststellen: Die von der SPD geführte rot-grüne Landesregierung hat es nicht geschafft und nicht gekonnt. Die Landesregierung hat auf nahezu allen wichtigen Politikfeldern versagt.

(Beifall bei der CDU)

Wenden wir uns der Wirtschaftspolitik zu! Da ist das Spiel bisher immer so gewesen, daß die Daten nicht glaubwürdig gewesen sein sollten, wenn sie die CDU vorgetragen hat; das sei Miesmacherei gewesen.

Wir haben in diesem Jahr eine etwas bessere Ausgangsposition, weil das Wirtschaftsministerium selbst dieses Jahr eine Bilanz vorgelegt hat, die ernüchternder nicht sein kann. Unter dem Stichwort "Vorbereitungen für das Strategiepapier NRW 2000 plus" ist eine Bestandsaufnahme vorgelegt worden - wohl für die Konsensrunden und die Runden Tische. Die Fertigstellung des ersten Entwurfs im Wirtschaftsministerium erfolgte am 19. Oktober dieses Jahres.

In dieser schonungslosen Analyse wird festgestellt: Die Schere zwischen Nordrhein-Westfalen und den übrigen alten Ländern hat sich beim Wirtschaftswachstum seit 1996 weiter geöffnet.

(Hört, hört! bei der CDU)

Die Zuwächse der realen Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe verlaufen in Nordrhein-Westfalen seit 1996 merklich negativer als in den übrigen alten Bundesländern. Auch im verarbeitenden Gewerbe ist der Abstand Nordrhein-Westfalens zum Bund - West - seit 1996 wieder größer geworden. Im Dienstleistungssektor nahm zwar die Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen zwischen 1985 und 1998 um real 48 % zu; im selben Zeitraum stieg sie aber in Westdeutschland um satte 57 %.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das muß man sich einmal vorstellen!)

Von 1990 bis 1998 stiegen die Exporte in Nordrhein-Westfalen um nur 19 %, während der Zuwachs in Deutschland insgesamt 48 % betrug. - Das alles ist eine Analyse der Landesregierung, des Wirtschaftsministeriums.

Dann kommt die entscheidende Schlußfolgerung, die alles abstrahlt, was Herr Clement dazu in der Öffentlichkeit erklärt. Es wird festgestellt: Das Erholungstempo auf dem Arbeitsmarkt bleibt - so die Analyse - im Jahresvergleich in Nordrhein-Westfalen unverändert niedrig. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist lediglich im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung - also der Altersstruktur der Bevölkerung - zu sehen.

Ein vernichtenderes Urteil konnte die CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren nicht abgeben. Das haben Sie selbst festgestellt, meine Damen und Herren von der Regierung!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dann hat die Regierung diese schonungslosen Fakten nicht etwa zur Kenntnis genommen und vertreten, sondern es folgte das Typische, was wir schon kennen: Die Unterlage wurde eingesammelt und auf ein Zwei-Seiten-Papier zusammengedampft, das alle diese Fakten nicht mehr wiedergibt.

(Minister Peer Steinbrück: Das stimmt doch nicht, sonst hätten Sie die doch gar nicht!)

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) - Ich habe zufällig ein Exemplar in der Straßenbahn gefunden, das Sie noch nicht eingesammelt hatten, Herr Minister Steinbrück!

(Heiterkeit bei der CDU - Dr. Manfred Dam-meyer [SPD]: So sind sie! Der Straßenbahn-fahrer Meyer! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ursache für die Modernisierungs- und Wachstumsdefizite sowie die Beschäftigungseinbrüche - so sagt das Wirtschaftsministerium - sind zu geringe Investitionstätigkeit der Industrie und Wachstumsrückstände bei den Investitionen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1970 und 1994 in einer Größenordnung von 48 %. Fazit der Studie, die das Wirtschaftsministerium erstellt hat: "Eine Trendumkehr in dem langfristigen Defizit ist auch am aktuellen Rand nicht festzustellen." So das wörtliche Zitat!

Meine Damen und Herren, die Investitionen des Staates liegen ebenfalls deutlich hinter denen im übrigen Westdeutschland. Dazu sagt die Studie des Wirtschaftsministeriums wörtlich: "Das im langfristigen Saldo bestehende Investitionsdefizit des Staates in Nordrhein-Westfalen beeinträchtigt die Verfügbarkeit und Modernität öffentlicher Infrastrukturen." Meine Damen und Herren von der Regierung, diese Wahrheit müssen Sie doch wenigstens zur Kenntnis nehmen, wenn Sie hier Politik machen wollen, und nicht nur darum herumreden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch zwei Fakten ergänzen. - In der Studie heißt es: "Trotz massiver Strukturhilfen sind die Probleme im Ruhrgebiet nicht gelöst. Es ist kein Trend zum Besseren zu erkennen."

(Lothar Hegemann [CDU]: Nicht einmal ansatzweise!)

Weiter heißt es: Die Arbeitsplatzverluste fanden vor allen Dingen in den mittleren und größeren Betrieben statt, zwischen 1992 und 1998 ein Verlust von über 450.000 Arbeitsplätzen, im gleichen Zeitraum über 60.000 Arbeitsplätze in kleineren Betrieben zugewachsen. - Das ist die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen und nicht irgendwelches Schlechtreden durch die Oppositionspartei!

(Beifall bei der CDU)

Bemerkenswert ist, mit welcher Klarheit hier festgestellt wird, wie weit die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen insbesondere seit Beginn der rot-grünen Koalition weiter zurückfällt. Die rot-grüne Koalition verunsichert die Wirtschaft und hemmt Investitionen. Das ist unser Fazit.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine neue Analyse des Westdeutschen Handwerkskammertages zum Handwerksstandort Nordrhein-Westfalen. Daraus möchte ich einen Satz zitieren, weil er unsere Grundeinstellung charakterisiert und den Meinungsunterschied zwischen der Landesregierung und uns deutlich macht: Trotz "GO!" und Meistergründungsprämie fehlt es dem Land - wörtliches Zitat - "an einer Aufbruchstimmung, an mehr Mut, eigenverantwortlich den Strukturwandel anzunehmen". Genau darauf müssen wir hinaus, und genau das ist es, was Sie bisher nicht geleistet haben! Sie belohnen nicht Eigeninitiative, Sie schaffen kein Wirtschaftsklima, das für Investitionen geeignet ist. Das ist rot-grüne Politik, mit der verhindert wird!

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch der Kern zum Beispiel des Projekts HDO, von allem, was im Untersuchungsausschuß zutage getreten ist, einmal ganz abgesehen. Sie haben sich auf teure Prestigeobjekte konzentriert - Sie nennen das "Leuchttürme" - und vernachlässigen darüber die kleinen und mittleren Betriebe. Das ist die Wahrheit, und wenn Sie bei irgendwelchen Veranstaltungen von IHKs und Handwerkskammern noch soviel anders reden, Herr Clement und Herr Steinbrück!

(Zuruf von der SPD: Das ärgert Sie wohl!)

Sie haben mehr als 100 Millionen DM für 20 Arbeitsplätze - vielleicht etwas mehr - bei HDO ausgegeben.

Wenn Sie damit die Meistergründungsprämie vergleichen, dann wären hier 25.000 Arbeitsplätze initiiert worden. Das ist der Unterschied in der Politik zwischen CDU und SPD!

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur einen Aspekt herausgreifen, den ich in der Zeitung gelesen habe und den Sie bisher nicht bestritten haben. Wenn Sie sich den Verkauf von HDO ansehen: weiterhin jährlich 7 Millionen DM

(C)

(D)

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) zu Vorzugskonditionen über mehrere Jahre. Wie muß es dann mittleren Betrieben, die hier oder in irgendeinem der Bereiche des Wirtschaftsministeriums einen Antrag auf Investitionsförderung gestellt haben, vorkommen, wenn Sie diesen Investoren zusagen, daß sie auf ihre Anträge auf Filmförderung innerhalb von 48 Stunden einen Bescheid bekommen.

(Herbert Reul [CDU]: Das ist der blanke Hohn!)

Das ist der blanke Hohn für alle, die in diesem Lande arbeiten!

(Beifall bei der CDU)

Wir ziehen daraus die Konsequenz. Wir brauchen eine echte Stärkung des Mittelstandes. Wir brauchen schlanke Verwaltung. Wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur, und wir brauchen eine Konzentration von finanzieller Förderung auf kleine Unternehmen.

- (B) Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben den Wirtschaftsetat seit 1997 um 18,3 % gekürzt, bei den Mittelstandspositionen sogar um 37,9 %. Nun stehen Sie doch wenigstens zu dem, was Sie da machen, aber reden Sie nicht ständig draußen so, als wenn Sie hier den Schwerpunkt setzen würden! Sie setzen die Schwerpunkte an anderer Stelle. Das können Sie ja vertreten - dann haben wir da eben eine andere Position -, aber draußen so zu reden, als würden Sie den Schwerpunkt beim Mittelstand und bei kleinen Betrieben setzen, und in Wirklichkeit etwas anderes zu tun, ist unwahrhaftig, und das lassen wir nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt: Die beste Sozialpolitik und gleichzeitig die beste Wirtschaftspolitik - das ist unser Verständnis von sozialer Marktwirtschaft - ist zunächst, Arbeitsplätze zu unterstützen, mitzuhelfen, Arbeitsplätze zu schaffen. Das bedeutet weniger Staat und mehr Wirtschaft.

(Zuruf von der SPD)

Das bedeutet zum Beispiel - ich komme noch darauf zurück - keine Gefährdung der Existenzen von Handwerkern und mittelständischen Unternehmen durch wirtschaftliche Betätigung von Kommunen, Vorgabe klarer Spielregeln in den Bereichen zwi-

(C) schen Staat und Wirtschaft und endlich eine Klärung der Grauzonen, die hier über lange Jahre entstanden sind und die Sie möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident Clement, Sie können sich ja damit herausreden, das hätten die GRÜNEN verhindert - aber Sie haben doch diese Koalition gewollt! Sie haben sie mitgetragen, und Sie wollen sie auch fortsetzen.

Das bedeutet zum Beispiel den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Das bedeutet den Ausbau von Verkehrswegen. Das bedeutet die Erschließung neuer Gewerbeflächen. Das bedeutet, preiswerte und sichere Energieversorgung sicherzustellen, und nicht, über Ökosteuer und alle möglichen Auflagen die Energieversorgung als Standortfaktor in diesem Land noch wieder zu verteuern.

(Beifall bei der CDU)

(D) Die Art und Weise, wie Sie zum Beispiel bei der Ökosteuer argumentiert haben, ist ein gutes Beispiel dafür. Noch vor kurzer Zeit haben Sie vortragen: Zweite Stufe Ökosteuer mit mir nicht, allenfalls, wenn es insgesamt in Europa kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Ist doch auch!)

Jetzt haben Sie problemlos im Bundesrat zugestimmt und wollten uns das noch als eine tolle Leistung verkaufen, daß die Bürger geschröpft werden!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es kommt einem schon ein wenig zynisch vor, wenn der Herr Ministerpräsident bei all dem, was er im Bundesrat bisher getan hat, nach seiner Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD wirklich ernsthaft verkündet - wenn ich es nicht selber gesehen hätte, hätte ich es nicht geglaubt -: Die Interessen des Landes stehen immer an erster Stelle. Das muß einem doch zynisch, wie Hohn vorkommen. Sie haben das Versprechen nicht gehalten bei der Ökosteuerreform, nicht gehalten bei den 630 DM-Jobs, nicht gehalten beim Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit. Sie haben den Landwirten versprochen, Sie würden sich für sie einsetzen, und haben nichts getan. Die rot-grüne Bun-

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) desregierung bürdet den Landwirten und ihren Familien in Nordrhein-Westfalen alleine bis zum Jahre 2003 rund 1 Milliarde DM zusätzlicher Belastungen auf. Sie sitzen ruhig dabei und vergessen, daß ganze ländliche Räume hier vor einem Strukturbruch stehen, wie er im Bergbau und in der Stahlindustrie in dem Maße kaum vorgekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Menschen im Land und das Land haben es verdient, daß im Vordergrund endlich wieder ihre Interessen stehen und nicht die Interessen des Machterhaltes von Rot-Grün. Das ist der Kernpunkt der Auseinandersetzung über Bundesrat und Abstimmverhalten.

Meine Damen und Herren, zur Infrastruktur, die ich eben genannt habe, gehören natürlich auch solche wichtigen Punkte wie Hochschulen, die Frage: Was ist mit der Qualität, der Ausrüstung, dem Personal an unseren Hochschulen? Wir haben dazu hier schon mehrfach vorgetragen. Das, was Frau Behler macht und unter dem Stichwort "Qualitätspakt" verkauft, muß Ihnen, Frau Behler, doch selber wehtun, wenn man als Bildungsministerin so etwas jemandem verkaufen will.

- B) (Beifall bei der CDU)

Unsere Grundbotschaft ist, das Ganze von den Menschen her zu sehen. Frau Behler, fragen Sie sich nicht allen Ernstes, ob Sie sich durch diese Politik nicht mitschuldig machen an der hohen Zahl von Studienabbrechern und jungen Menschen, die anschließend gescheitert in ihren Beruf gehen?

(Beifall bei der CDU)

Was passiert in der Infrastruktur mit unserem Gesundheitssystem? Auch das gehört neben Verkehrswegen und anderem zur Infrastruktur. Fragen Sie sich nicht: Was sollen die Menschen, insbesondere in unseren ländlichen Räumen, sagen, wenn es darum geht, daß sie in Zukunft bei Ihrer Politik keine ausreichende Krankenhausversorgung mit den besten Möglichkeiten auch für Menschen im ländlichen Raum mehr haben? Wir sind der Meinung - ich sage das offen -: Man kann eher bei Grippemitteln zuzahlen, als hinterher im Extremfall zu sterben, weil keine Versorgung vor Ort mehr in der nötigen Form gegeben ist.

(Beifall bei der CDU)

- (C) Meine Damen und Herren, der Investitionsbedarf im Land ist riesig. Statt dessen haben Sie das Geld in immer neue Steuerungsprogramme gesteckt, etwa im Bereich Verkehr in den Kommunen. In den Kommunen sind in autofeindliche Maßnahmen viele Gelder investiert worden. Ich bin unseren Kommunalpolitikern ausgesprochen dankbar - ich sage das für die CDU-Fraktion -, daß flächendeckend im Lande diese im Kern autofeindliche Politik durch CDU-Kommunalpolitik jetzt zu großen Teilen rückgängig gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben zu Beginn der Legislaturperiode, Herr Ministerpräsident Clement, als Sie noch Wirtschafts- und Verkehrsminister waren, den Straßenbau ganz hochgehängt. Ich kann mich noch an Worte und Zitate in der Presse und überall erinnern, wonach Sie die GRÜNEN hinaus-schmeißen wollten, wenn es nicht zu den Straßenbau-Projekten etwa in Ihrem Bochumer Bereich kommt. Sie brauchen jetzt die GRÜNEN nicht mehr hinauszuschmeißen, nachdem Ihr eigener Landesvorsitzender Müntefering das für Sie erledigt hat, um Ihre Koalitionsprobleme in Düsseldorf zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Das ist wirklich bemerkenswert! Letzte Amtshandlung des Bundesverkehrsministers Müntefering, SPD-Landesvorsitzender in diesem Lande: Statt, wie im Jahre 1998, 466 Millionen DM für den Autobahnausbau in Nordrhein-Westfalen stehen im Jahre 2002 mit 228 Millionen DM weniger als die Hälfte der Mittel zur Verfügung. Herr Ministerpräsident Clement und Herr Minister Steinbrück, allein dadurch werden 3.600 Arbeitsplätze in der Straßenbauwirtschaft zusätzlich aufs Spiel gesetzt und abgeschafft. Das geschieht durch Ihre Maßnahmen und durch das, was der SPD-Landesvorsitzende angerichtet hat.

Einmal völlig unabhängig von all den Fragen der Dauerstaus und ähnlichem: Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, daß es Gutachten zum Beispiel auch in unserem Land vom Verkehrswissenschaftlichen Institut der Uni Köln gibt, wonach jede DM, die in den Lückenschluß und in den Ausbau von bestehenden Autobahnen investiert wird, 5 DM volkswirtschaftlichen Ertrag bringt?

Im Landesstraßenbau haben Sie sich genauso verhalten. Sie haben dafür nur 150 Millionen DM

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) trotz der katastrophalen Situation angesetzt. Damit nicht wieder jemand von den GRÜNEN oder von der SPD kommt, sage ich gleich hinzu, daß es dabei nicht um neue Straßen quer durch irgendwelche Wälder geht, sondern hier geht es um Lückenschlüsse und Umgehungsstraßen, damit Leute auch unter ökologischen Gesichtspunkten in den Städten und Dörfern geschont werden.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Kern.

Herr Ministerpräsident Clement, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt: "In Nordrhein-Westfalen wird keine einzige Entscheidung von Rang, für die wir Verantwortung tragen, verzögert - weder zum Flughafen- noch zum Straßenbau." Das soll sich jeder einfach einmal anhören und auf sich wirken lassen und dann sein Fazit daraus ziehen. Die Realität ist genau andersherum.

- (B) Die Landesregierung verschließt die Augen vor der Wirklichkeit. Herr Minister Steinbrück schreibt, nachdem er wegen der Kommunalwahl ein paar Wochen abgewartet hat, einen bösen Brief an den Nachfolger von Herrn Müntefering, an Herrn Klimmt. Herr Minister Steinbrück, Sie haben die Frage immer noch nicht beantwortet - ich habe das hier schon einmal angesprochen -, ob Sie eigentlich so lange wegen der Kommunalwahl gewartet haben oder ob Sie nicht Herrn Müntefering anschreiben wollten, weil dann offenkundig geworden wäre, daß Sie sich nicht abgestimmt haben. Wollten Sie deswegen lieber warten, bis Herr Klimmt im Amt war? Drei Wochen zuzuwarten, um einen solchen Brief zu schreiben, das nenne ich eine Schaunummer und Mut nach Toresschluß.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte im Zusammenhang mit dem Thema Verkehr noch eine ernsthafte Bitte an die Landesregierung äußern und biete dabei die Zusammenarbeit mit der CDU-Landtagsfraktion an. Herr Ministerpräsident Clement, die CDU-Landtagsfraktion bittet Sie dringend darum, bezüglich der Durchführung des Zukunftsprojektes Transrapid ernsthaft mit uns in gemeinsame Beratungen einzusteigen, ob das Land wegen der vielen damit verbundenen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen nicht mit einer Landesbürgerschaft bereitstehen sollte, um dieses Projekt möglich zu machen. Wir sind dazu bereit. Lassen Sie sich bitte bei diesem wichtigen Projekt, bei dem es um so viele Ar-

beitsplätze und um die Zukunft des Landes geht, nicht wieder durch Ihren grünen Koalitionspartner blockieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle aus aktuellem Anlaß - ich habe schon etwas zur autofeindlichen Politik gesagt - noch einen Satz verlieren: Vielfach werden bei all den Diskussionen zum Verkehr und zu den Arbeitsplätzen die Arbeitsplätze im Handel in unseren Städten vergessen. Meine Damen und Herren, wir brauchen endlich eine offensive Diskussion im Lande Nordrhein-Westfalen - Frau Bruns, Sie tun da nicht konsequent genug Ihre Arbeit - zu der Frage, was wir uns in diesem Land an neuen riesigen Einkaufszentren leisten können, ohne unsere gewachsenen Innenstädte - wir sind begeisterte Anhänger unserer Innenstädte - kaputtzumachen. Was können wir uns leisten, um die Arbeitsplätze im Handel nicht zu gefährden?

Wir müssen uns unterhalten über die Größe von "Multi Casa", wir müssen uns darüber unterhalten, ob das "Ufo" in Dortmund in dieser Größenordnung mit Landesmitteln finanziert werden darf. Ich sage das, obwohl unsere Kommunalpolitiker vor Ort anderer Meinung sind. Wir haben hier eine landespolitische Aufgabe zu vertreten. Die Kommunen müssen sicher für sich selber die Entscheidungen treffen, aber wir müssen aufpassen, daß das alles regional verträglich ist und die Gesamtentwicklung des Landes nicht gestört wird.

Der zweite wichtige Bereich ist das Thema Bildung. Auch in diesem Bereich verschließt die Landesregierung die Augen vor der Wirklichkeit. Da sehe ich doch wahrhaftig auf der Homepage des Schulministeriums: "NRW ist das Land der guten Schulen".

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

- Jetzt wundere ich mich wirklich! Vielleicht hat der eine oder andere das nicht festgestellt: Die SPD hat wirklich an dieser Stelle gerade Beifall geklatscht. Unterhalten Sie sich eigentlich gar nicht mit Eltern- und Lehrerverbänden?

(Beifall bei der CDU)

Unterhalten Sie sich nicht mit Schülern? Es gibt keinen Bereich im Land, in dem der Nachholbedarf für die Zukunft unserer Kinder so groß ist wie im Schulbereich!

(Beifall bei der CDU)

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) Ich sage es hier mit allem Ernst: Die Landesregierungen - nicht nur die jetzige rot-grüne Landesregierung, sondern auch die vorherigen schon - haben sich in der Entwicklung gerade im Schulbereich an der Zukunft unserer Kinder versündigt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Kern. Wir brauchen Chancen für unsere Kinder. Unsere Kinder sind nicht dümmer als die Kinder in Bayern oder in Baden-Württemberg. Sie wollen aber die gleichen Chancen haben wie die Kinder in Bayern oder in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Wie ist die Wirklichkeit an Nordrhein-Westfalens Schulen? - Ich trage es extra noch einmal vor, weil irgendwo in der SPD-Fraktion offensichtlich jemand verhindert hat, daß die Zahlen überhaupt verteilt werden. Nach Berechnungen des Schulministeriums fällt jede zwölfte Unterrichtsstunde aus. Im Vergleich zu bayerischen Kindern bekommen unsere Schüler allein in ihrer Grundschulzeit 400 Unterrichtsstunden weniger.

(B) Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wirklich einmal ernsthaft zuzuhören. Wenn Sie sich die Zahlen, die wir vorliegen haben, vor Augen führen, so bedeutet das, daß ein Kind in Nordrhein-Westfalen von der ersten bis zur dreizehnten Klasse - also bis zum Abitur - ein Jahr weniger Schulunterricht hat als ein Kind in Bayern. Und dann wundern wir uns darüber, daß die Kinder bei uns in den Tests schlechter abschneiden als die Kinder in Bayern oder Baden-Württemberg? Sie sind schuld an dieser Entwicklung für unsere Kinder!

(Beifall bei der CDU)

Die Lehrerverbände werfen der Landesregierung "öffentlichkeitswirksame Irreführung" - wörtliches Zitat - vor. Die Auswirkungen spüren die Schüler. Mein Kollege Recker hat in der Schuldebatte das Beispiel mit dem bayerischen Unternehmen vorgetragen, was bei der Bewerbung die Abiturnoten in Nordrhein-Westfalen und in Bayern schlicht für sich selbst korrigiert. Wer hier mit einer 1,8 Abitur gemacht hat, wird bei den Bewerbungen in diesem Unternehmen mit 3,8 im Vergleich zu seinen Konkurrenten eingestellt. Nordrhein-westfälische Schüler dürfen in der Schweiz heute nicht mehr mit ihrem Abitur studieren.

- (C) Frau Behler, in Ihren eigenen Unterlagen steht, daß z. B. jemand, der hier Realschulabschluß und zwei Jahre Lehre gemacht hat, nur in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen damit zum Fachhochschulstudium zugelassen wird. Können Sie das eigentlich verantworten?

Drei von fünf Betrieben - das sind 60 % - beklagen sich über Schwächen im Rechnen bei den Hauptschülern, 30 % bei den Realschülern. In der Rechtschreibung zeigen 75 % der Hauptschüler deutliche Schwächen. Nach Ihren eigenen Unterlagen zeigen Tests, daß 14 % der Abiturienten nicht einmal das Einmaleins können.

Über 400 Millionen DM werden in Nordrhein-Westfalen für die Nachhilfe bei insgesamt 630.000 Schülerinnen und Schülern ausgegeben. Unsere Überzeugung ist: Das ist sozial äußerst ungerecht und unfair. Jetzt frage ich Sie als SPD-Landesregierungsteil: Was ist eigentlich mit den Eltern und Kindern, die sich nicht Nachhilfeunterricht für teures Geld leisten können? Was ist mit denen?

(Beifall bei der CDU)

Sie schaffen in der Bildungspolitik über Ihre Schulpolitik eine neue soziale Frage.

(D)

Sie haben über die CDU-Anträge in den letzten Jahren zur Aufstockung der Lehrerkontingente immer gelacht. Frau Behler bis zum März noch behauptet, es gebe überhaupt keinen Unterrichtsausfall, wir hätten Überdeckung. Bis zum März! Da sind die Beschlüsse der SPD-Fraktion jetzt aber ganz merkwürdig!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben vorletztes Jahr noch ganz andere Anträge gestellt!)

- Frau Kollegin, ich sage Ihnen einmal die Beschlüsse, die Sie jetzt gefaßt haben. Sie haben beschlossen, wenigstens fürs nächste Jahr ein bißchen etwas zu tun. Das zeigt doch nur mehr eins: Manchmal hat ein Landtagswahlkampf schon vor der Wahl positive Wirkung.

(Beifall bei der CDU)

Von 1994 bis zum Jahr 2000 sind die Schülerzahlen in NRW um ca. 10 % gestiegen, die Zahl der Lehrer aber nur um 1 %. NRW hat die rote Laterne der schlechtesten Unterrichtsversorgung,

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) hat die größten Klassen und die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation. Auf dieser Basis haben unsere Kinder in Nordrhein-Westfalen - ich wiederhole das - schlechtere Chancen als in Kinder in München oder Stuttgart.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Das glauben Sie selber nicht!)

Wir wollen die Einstellung neuer Lehrer. Wir wollen Unterrichtsgarantie.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Warum stimmen Sie dagegen?)

Wir wollen das Durcheinander der Finanzierungstöpfe beenden und wollen eine 3%ige Stellenreserve. Wir wollen, daß sich Lehrer wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können. Wir wollen auch kleinere Schulen als die heutigen Schulfabriken mit ihrer Anonymität und fehlender sozialer Kompetenz. Auch da müssen Sie den Zusammenhang sehen mit dem, was wir unter dem Stichwort Jugendkriminalität an anderer Stelle diskutieren.

Wir wollen, daß Ganztagsangebote auch bei anderen Schulformen als der Gesamtschule möglich gemacht werden. Wir wollen zentrale Abschlußprüfungen. Wir wollen alles tun, daß sowohl die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen gesichert wird wie auch die Qualität der Schule endlich wieder in den Blickpunkt der Diskussion rückt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe eben davon gesprochen, daß gerade im Bereich Schulpolitik durch das viele Geld, was hier für Nachhilfe ausgegeben werden muß, eine neue soziale Frage entsteht. Diese neue soziale Frage gibt es auch in anderen Bereichen. Sie haben in einem Teilbereich mit Ihrem Antrag eine kleine Kurve gekriegt, weil Sie den Druck gemerkt haben, den wir da ausgeübt haben. Wir müssen endlich die neue Lage in der Gesellschaft anerkennen. Wir müssen den jungen Frauen in unserem Land helfen, wirklich - wenn sie es wollen - Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

(Zuruf des Edgar Moron [SPD] - Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD)

- Lieber Herr Moron, können Sie mir sagen, warum Sie Ganztagsangebote an Hauptschulen und Realschulen bisher abgelehnt haben?

(Beifall bei der CDU)

Können Sie mir sagen, warum wir bisher ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren nicht haben?

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Weil Sie immer noch in den 50er Jahren leben!)

Können Sie mir sagen, warum Sie unseren Antrag, die Zuweisungen des Landes für Investitionen bei Hortplätzen um 15 Millionen DM aufzustocken, nicht angenommen haben, wenn Sie das alles anerkennen?

Die Landesregierung betreibt hier eine unfaire und ungerechte, im Kern unsoziale Politik. Das stelle ich hier für diese Bereiche fest.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt sich im übrigen auch daran, welche Demonstrationen in den letzten Monaten - seit Ihrem Amtsantritt, Herr Ministerpräsident Clement - vor dem Landtag stattgefunden haben: am 02.09.1998: Protest gegen das geplante Kindergartengesetz, 9.000 Demonstranten; am 09.09.1998: Jugenddemo vor dem Landtag gegen den Landesjugendplan; am 23.09.1998: Protest der Strafvollzugsbediensteten; am 22.01.1999: Protest der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe; am 02.03.1999: Straßenbauämter gegen Verwaltungsstrukturreform; am 18.03.1999: ÖTV und DAG gegen die Verwaltungsstrukturreform; am 06.05.1999: die Handwerker gegen die geplante schädliche Änderung des § 107 Gemeindeordnung; am 02.06.1999: ÖTV gegen § 107 Gemeindeordnung; am 23.09.1999: Demonstration der Polizeigewerkschaften gegen die Leistungsprämie.

Unsoziale Politik, unfair und ungerecht!

(Beifall bei der CDU)

Ein Teil der Proteste beschäftigte sich ja mit der Verwaltungsstrukturreform. Sie ist ein Musterbeispiel dafür, wie Ministerpräsident Clement hier Politik macht: mit dem Kopf durch die Wand. Vorab sagt er, wen er abschaffen will, damit auch gleich der Protest bei den Betroffenen da ist, weil sie gar nicht mehr gefragt werden, wie sie denn an der Lösung der Probleme mitarbeiten wollen.

Sie haben sich weder von Rechtsgutachten noch von Protesten, noch von sonst was beeindrucken lassen. Sie haben dann immer wieder ein bißchen zurückgerudert, aber im Kern wollten Sie immer

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) nur mit dem Kopf durch die Wand. Und zum Schluß, nachdem alles gescheitert ist, wollen sie wenigstens noch beim Namen nach der Abschaffung der Landschaftsverbände mit dem Kopf durch die Wand. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU - Loke Mernizka [SPD]:
Was wollen Sie? - Zurufe von der SPD:
Nichts!)

Das fing an mit dem Innen- und Justizministerium -

(Zurufe von der SPD)

ohne Rücksicht auf Verluste mit dem Kopf durch die Wand. Dann kam die Schelte des Verfassungsgerichts, so wie es jetzt neuerdings die Schelte an Journalisten gibt. Es sind immer die anderen, die hier böse sind, nur nicht die Landesregierung selbst.

(Beifall bei der CDU)

Dann kam ihr Kurzzeitminister Rauball. Da war dann die CDU dran mit Ihren Beschimpfungen. Im Beschimpfen sind Sie ganz toll, aber für die Sache und die Probleme bringen Sie leider ein bißchen wenig Verständnis mit. Sie können sich offensichtlich nicht in die Menschen in unserem Land hineindenken. Das ist die ganze Botschaft.

(B)

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Aber Sie!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Meyer, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Appel erlauben?

Laurenz Meyer (CDU): Nein, danke schön, das möchte ich nicht.

Die Verwaltungsstrukturreform ist ein teurer Etikettenschwindel. Statt "fünf Bezirksregierungen" heißt das jetzt "fünf Staatliche Regionaldirektionen", statt "zwei Landschaftsverbände", heißt es jetzt "zwei Kommunalverbände". Statt des "Kommunalverbandes Ruhr" wollen Sie eine "Agentur Ruhr".

Es geht Ihnen im Kern nur um die Absicherung des staatlichen Durchgriffs von oben. Sie wollen keine basisorientierte Politik. Sie wollen keine Stärkung der Kommunen. Das unterscheidet uns:

Wir wollen eine Stärkung unten. Da, wo entschieden werden kann, soll auch entschieden werden, und nicht aus den Büros hier in Düsseldorf.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einen Punkt aufgreifen, weil ich den so schön fand, als ich mir das Zitat noch einmal durchgelesen habe. Herr Clement schrieb am 25. September 1997 - wörtliches Zitat -:

"Aus fachlicher Sicht sind von einer Verstaatlichung der Straßenbauverwaltung unterschiedene Verbesserungen nicht zu erwarten."

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

"In finanzieller Hinsicht würden auf das Land mehr Belastungen zukommen, die um ein Vielfaches höher wären als die Mittel, die dem Landesstraßenbau in den letzten Jahren aus Haushaltszwängen nicht zur Verfügung gestellt werden können."

Wie wahr! Heute wollen Sie sich an diese Erkenntnis offensichtlich nicht mehr erinnern.

Meine Damen und Herren! Wir wollen weniger Bürokratie, wir wollen einen schlankeren Staat, wir wollen mehr Effizienz, und wir wollen diese Reformen vor allen Dingen im Einklang und im Gespräch mit den Betroffenen durchführen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört, daß man in der Kommunalpolitik nicht bis in den letzten Winkel des Landes - um es einmal plastisch zu machen -, bis in den letzten Radweg, bis in die letzte Verkehrsinsel hineinregiert. Und diese Politik ist auch teuer. Ich sage hier: Es wird in diesem Land in den Städten, es wurde vor allem in der Vergangenheit bis zur Kommunalwahl sehr viel Unsinn angerichtet, nur weil Sie mit Ihren Zuschüssen die Leute dazu verleitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir müssen den Kommunen mehr pauschale Mittel zuweisen, dann würde sicherlich in Münster nicht mehr für 13 oder 15 Millionen DM ein Fahrradparkhaus gebaut werden, sondern, wie vorher die Stadt Münster vorgesehen hatte, für 2 bis 3 Millionen DM.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie wollen lieber, daß die Fahrräder geklaut werden! - Lachen bei der CDU)

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) - Die Stadt Münster wollte ein Fahrradparkhaus für 2 bis 3 Millionen DM, Herr Appel, und Sie müssen sich die 10 bis 12 Millionen DM Verschleuderung von Mitteln vorhalten lassen, die hier vorgenommen wurde, weil das Fahrradparkhaus dadurch, daß Sie jetzt die ganzen Mittel bezahlen, plötzlich 15 Millionen DM kostet. Das ist die Wahrheit.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie bauen Auto-parkhäuser! Das ist natürlich wichtiger!)

Meine Damen und Herren! Dazu gehört mehr Demokratie auf der örtlichen Ebene, auch die Initiative zur Bürgermeisterwahl. Dazu gehört die Initiative zur Erweiterung des Bürgerentscheids. Sie fürchten stärkere Bürgerbeteiligung, und Sie haben ja sogar auch vom Verfassungsgericht wieder die Quittung bekommen. Weil Sie sich nicht mit der Revision und dem Anliegen des Verfassungsgerichts beschäftigen wollten, über die Fünf-Prozent-Hürde nur intensiv nachzudenken, ist sie dann anschließend vom Verfassungsgericht gekippt worden. Das ist die Wahrheit. Sie wollen keine stärkere Bürgerbeteiligung!

- (B) Meine Damen und Herren! Sie wollen im Kern das nicht, was wir wollen: mehr Beteiligung der Betroffenen vor Ort, mehr Entscheidungskompetenz da, wo die Entscheidungen getroffen werden können, und auf diese Weise eine effiziente und unbürokratische Verwaltung.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einem weiteren wichtigen Punkt der Landespolitik kommen, das ist die innere Sicherheit. Dieses Stichwort "innere Sicherheit" ist ja nun weder Lieblingskind der Sozialdemokraten, noch viel weniger Lieblingskind der GRÜNEN. Den GRÜNEN geht es allenfalls um so Stichworte wie: Konfliktbeauftragte bei der Polizei einstellen, Diskriminierungsverbot, Abgeordnete schalten sich in die Einsatzplanung und Durchführung polizeilicher Maßnahmen ein und, und, und.

Die GRÜNEN haben zur inneren Sicherheit eben überhaupt kein Verhältnis.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Sie sind ein Schwätzer!)

Und die SPD hat alles getan, in den Bereichen der inneren Sicherheit, Mißstände regelrecht herbeizuführen.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Was?)

Der Innenminister teilt mit, es gäbe 53.000 Polizeibedienstete. Meine Damen und Herren! Ich will doch einmal darauf hinweisen: Herr Innenminister - er ist glaube ich, im Augenblick gar nicht da; das ist auch nicht so schlimm; Sie werden ihm das schon sagen -,

(Roland Appel [GRÜNE]: Mit Realität hat das, was Sie erzählen, nichts zu tun!)

wie kann man das eigentlich verantworten? Es gibt nur 43.000 Polizeibeamte! Sie haben alle Boten und Sekretärinnen schlicht mitgezählt, um die Zahl entsprechend größer aussehen zu lassen. Sie haben 10.000 Polizisten draufgeschummelt, indem Sie die Boten und Sekretärinnen mitzählen, und sind weit entfernt von einer Polizeidichte, die die Landesregierung selbst als Ziel vorgibt.

(Herbert Reul [CDU]: Das gibt es doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen 3.000 mehr Polizisten, und wir brauchen vor allen Dingen - das will ich hier ganz klar sagen -

(Roland Appel [GRÜNE]: Sagen Sie mal, wie Sie die bezahlen wollen!)

endlich wieder eine Politik, die sich hinter die Beamten und die Polizisten stellt und sie nicht durch ständige Verunsicherung immer weiter in die Frustration treibt.

(Beifall bei der CDU)

Denken Sie doch nur an die Streichung der Jubiläumszuwendung. Denken Sie an das Hickhack bei der Reisekostenregelung. Denken Sie an die Festlegung des Eigenanteils bei der Beihilfe. Denken Sie an Ihre Beförderungsgerechtigkeiten, an Auseinandersetzungen um die Leistungsprämie. - Dies alles hat zu riesengroßer Unruhe bei der Polizei geführt.

Das führt auch dazu - neben den Straftaten -, daß das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen in unserem Lande gestört ist. Die Menschen fühlen sich unsicher und von Kriminalität bedroht. Immer mehr Menschen erfahren Gewaltkriminalität. Und immer mehr Gewaltkriminalität wird von Jugendlichen ausgeübt. Die Situation in den Strafvollzugsanstalten tut ein Übriges.

Das alles wissen Sie, und trotzdem tun Sie nichts. Wir brauchen - und die CDU will - eine

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) handlungsfähige und motivierte Polizei, und die CDU will sich hinter die Polizisten stellen und sie nicht ständig weiter verunsichern.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen - Herr Appel, auch wenn Sie das überhaupt nicht verstehen -: Ein Mehr an Sicherheit führt in den Augen der CDU zu einem Mehr an Lebensqualität und nicht zu einem Weniger an Lebensqualität.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt zeigt insgesamt, was Rot-Grün hier produziert: Stillstand im Land, viel Öffentlichkeitsarbeit, viele Hochglanzbroschüren. So noch in letzter Minute: Neues Call Center für 1,5 Millionen DM. Die Landeszentrale für politische Bildung muß unbedingt umziehen: 1,9 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, Sie tun nach wie vor so - und das ist die Kernbotschaft, die aus allem überkommt -, als gehöre Ihnen dieses Land Nordrhein-Westfalen, und Sie könnten machen, was Sie wollten. Das ist die Situation im Land.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Ja, da kommen erregte Zurufe.

(B)

Noch immer werden Pöstchen und Positionen im Land nach Gutsherrenart besetzt, und noch immer ist es gute Gepflogenheit, die Parteigenossen zu versorgen. Die SPD muß endlich begreifen, Herr Ministerpräsident, daß dieses Land kein Selbstbedienungsladen ist.

(Beifall bei der CDU)

Da paßt es natürlich wie die Faust aufs Auge zur aktuellen Situation und Diskussion, daß auch bei der Besetzung einer Position bei der WestLB eine neue Versorgungsnummer läuft: Staatssekretär Gerlach wird Generalbevollmächtigter bei der WestLB,

(Pfu! und weitere Zurufe von der CDU)

kurz vor der Wahl, und muß da erst einmal eine Lehre machen, weil er nach Ihrer Meinung anschließend in den Vorstand aufrücken soll. Meine Damen und Herren, haben Sie denn überhaupt kein Gespür für die Lage im Land Nordrhein-Westfalen?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die Landesregierung verabschiedet auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion Korruptionserlasse. Alle Ministerien und Beamten müssen darauf achten, daß nie der Eindruck eines Interessengeflechts entstehen darf. Jeder Beamte muß auch die üblichen Geschenke zu Weihnachten oder zum Beispiel Essenseinladungen anzeigen. Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der Landesregierung: Minister müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Weder dem Finanzminister noch dem Ministerpräsidenten kommen aber im Gegenzug Bedenken, den Flieger der WestLB jederzeit zu benutzen. Alle Beamten des Landes werden angehalten, sparsam zu haushalten, Behörden müssen um einen neuen Computer oder um einen neuen Dienstwagen kämpfen. Die Landesregierung leistet sich den Luxus von überteuerten Flügen.

Herr Ministerpräsident Clement, da frage ich Sie auch selbst: Haben Sie eigentlich, wenn es um Steuerzahlersgeld oder um das Geld der Bank geht, überhaupt kein Verhältnis zum Geld? Während Sie für 2.000 DM - das ist ein hoher Betrag, den ich da angenommen habe - für zwei Tage einschließlich Unterkunft nach Rostock fahren könnten, geben Sie 62.000 DM für diesen Flug aus. 62.000 DM!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Im Zusammenhang mit dieser Flugreisenaftäre sucht die Landesregierung - wieder einmal, muß man sagen - alle möglichen Schlupflöcher, um Parlament und Öffentlichkeit zu täuschen.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen: Wir hatten die Kleine Anfrage der CDU und die Antwort des Finanzministers. In dieser Antwort stand kein Wort über Privatflüge des Finanzministers, über Flüge des ehemaligen Ministerpräsidenten. Statt dessen stand darin, alle Flüge seien ausschließlich in Verwaltungsratsangelegenheiten erfolgt. Daraufhin wurde beim Ministerpräsidenten nachgefragt, und wir erhielten die Antwort der Staatskanzlei. In dieser Antwort kein Wort über Privatflüge des Finanzministers, kein Wort über Flüge des ehemaligen Ministerpräsidenten, alle Flüge nur in Verwaltungsratsangelegenheiten!

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Clement - und ich sage Ihnen das in aller Ruhe -:

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) Ich finde es eine Riesensauerei, daß Sie jetzt der CDU vorwerfen, wir hätten den heutigen Bundespräsidenten in diese Diskussion gebracht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wer denn sonst? - Weitere Zurufe von der SPD)

Die Landesregierung hat durch Ihr Verhalten ---

(Weitere Zurufe von der SPD - Anhaltender Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht die CDU ---

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU - Glocke)

- Ich kann Ihre Aufregung verstehen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Meyer, ich muß Sie einmal unterbrechen. Ich bitte, sich im Sprachgebrauch an die üblichen Gepflogenheiten im Haus zu halten.

Laurenz Meyer (CDU): Entschuldigung. Ich nehme das Wort "Sauerei" zurück und überlege bis zum Ende der Debatte, ob mir was anderes dafür einfällt.

(B)

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU - Unruhe)

Meine Damen und Herren, nicht die CDU hat den heutigen Bundespräsidenten hineingezogen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich kann die Aufregung verstehen. Wenn Sie im letzten Februar und im letzten Mai auf unsere Anfragen Antworten gegeben hätten, die der Wahrheit entsprochen hätten, dann gäbe es diese Diskussion um Herrn Rau heute nicht.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Auch in der Fragestunde des Parlaments am letzten Freitag haben Sie immer noch nicht zur Aufklärung beigetragen, sondern haben neue Widersprüche, allerdings - das will ich zugeben - mit unnachahmlicher Arroganz, vor dem Parlament hier produziert.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt möchte ich doch einmal von Ihnen wissen, Herr Ministerpräsident: War es denn nun verdeckte Gewinnausschüttung, ja oder nein? Hier im

Parlament haben Sie gesagt: Es war keine. Die Dienstflüge, sagen Sie jetzt in der "Westdeutschen Allgemeinen", seien steuerlich als verdeckte Gewinnausschüttung behandelt worden. Die Flugkosten gingen selbstverständlich zu Lasten des Gewinns der Gewährträger der Bank, zu denen das Land gehört.

Ist das Parlament von Ihnen auch in dem zweiten Punkt falsch informiert worden? Hier im Parlament haben Sie noch genau das Gegenteil gesagt; Ihre Aussage im Parlament hat übrigens bei vielen zur Erleichterung beigetragen. Das war ja wohl auch gewollt. Im Parlament haben Sie noch gesagt, das sei sauber auf die Anteile des Landes zugerechnet worden, und somit habe praktisch das Land die Flüge bezahlt. Drei Tage später sagen Sie dann im Interview bei der "WAZ" genau das Gegenteil und wollen das so unterbringen, daß das alle Gewährträger - auch die Kommunen und Sparkassen, und damit jeder Bürger - bezahlt haben. Was stimmt denn nun, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der CDU)

Ich frage die Landesregierung, und ich frage auch Herrn Schleußer: Herr Schleußer, Sie haben hier vorgetragen - ich mache mir Ihre Darstellung einfach einmal zu eigen -, Sie hätten die überhöhte Rechnung für Ihren ersten Flug moniert. Ich habe bisher nirgendwo gehört, daß die Landesregierung irgendwelche Dienstflüge oder halbdienstliche Angelegenheit moniert hat. Wenn es um Privatflüge ging, war die Rechnung zu hoch, wenn ich mir die Darstellung von Herrn Schleußer zu eigen mache, aber bei dienstlichen Flügen, die der Steuerzahler bezahlt, wurde einfach bezahlt; da kam es ja gar nicht darauf an!

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle fest: Welches Selbstverständnis steht eigentlich hinter einem solchen Verhalten? Gibt es überhaupt kein Problembewußtsein, keine Sensibilität, gibt es hier nur Verschleierung? Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie haben sich selbst in diese Verschleierung einbezogen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas zu der Geburtstagsgeschichte von Herrn Rau sagen. Die Fakten liegen nach unserer Meinung relativ klar auf dem Tisch. Ich erkläre hier für die CDU-Fraktion ganz deutlich, daß wir überhaupt kein Problem damit hätten, sondern auch eine CDU-

(C)

(D)

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) Landesregierung hätte genauso gehandelt. Ein Empfang für einen verdienten Ministerpräsidenten durch Stadt und Land ist völlig in Ordnung und muß sein. Aber warum, wenn das völlig in Ordnung ist, werden die Kosten nicht von Stadt und Land bezahlt, sondern das Land überwältigt den größten Teil seiner Kosten auf die WestLB? Warum?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke)

Lassen Sie mich den Punkt ---

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Ganz dicht bei der CDU!)

Ich darf Sie einen Moment um Aufmerksamkeit bitten, weil mir das wichtig ist.

In dem Zusammenhang möchte ich sagen: Die CDU ist gerne bereit, auf die Vernehmung des Bundespräsidenten im Untersuchungsausschuß zu verzichten und das weitgehend herauszuhalten.

(Edgar Moron [SPD]: Hat Sie Herr Rüttgers jetzt zurückgepfiffen oder was? - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke)

B) Bei dieser schwierigen Frage, die allerdings vom Staatsverständnis eines CDU-Politikers her völlig normal ist, darf ich Sie doch wirklich bitten, einen Moment ruhig zu bleiben, meine Damen und Herren von der SPD.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Damit habe ich Sie schon einmal erlebt!)

Wir möchten den Herrn Bundespräsident nur bitten, möglichst umgehend von sich aus zur Klärung der Faktenlage beizutragen.

(Beifall bei der CDU)

Alle Fragen, die sich hier stellen, sind wichtige Fragen. Warum hat die Landesregierung die ganze Zeit überhöhte Rechnungen bezahlt und trotz der von Herrn Schleußer geschilderten angeblichen Streitereien und Proteste anschließend auch noch eine Kautions für den verhafteten Piloten übernommen? Es gibt ja nun neue schwere Vorwürfe, die hier im Raum stehen, und ich will an dieser Stelle noch einmal das Grundproblem erwähnen. Herr Ministerpräsident Clement und Herr Finanzminister Schleußer, nach unserem Verständnis geht es eben nicht, daß die Minister, die für die Sparkassenaufsicht und die Aufsicht der WestLB zuständig sind, gleichzeitig in dieser Art und Weise

mit dem Unternehmen verquickt sind. Das wirft auch ein schlechtes Licht auf das Unternehmen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Herr Clement hat sich mit der Behandlung dieses Themas im Parlament immer stärker verstrickt.

Ich will einen weiteren ganz aktuellen Punkt nennen. Herr Clement sagte noch vorgestern im Fernsehen - ich habe es gelesen -: Die Segeljacht; die ihr auf den Fotos gesehen habt, hat Herr Schleußer selbst gebaut. - Herr Schleußer, könnten Sie uns vielleicht heute morgen einmal Auskunft geben: Gehört Ihnen denn das Boot jetzt? Ich lese in der Zeitung, es gehört gar nicht Ihnen, sondern einer Telefonistin der IG Metall aus Oberhausen, die ich nicht kenne. Sagen Sie uns doch bitte einfach, was denn nun stimmt.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Das geht Sie gar nichts an! - Weitere Zurufe von der SPD)

Es gibt ständig weitere Flüge ---

(Minister Dr. Fritz Behrens: Das geht Sie gar nichts an, Herr Meyer! - Unruhe - Glocke)

- Entschuldigung, das geht mich schon etwas an. Ich frage nur danach, was Fakt ist. Das hat keinen weiteren Grund. (D)

(Heidi Berger [SPD]: Was gehört Ihnen denn? Legen Sie das hier auf den Tisch!)

Es gibt ständig weitere Flüge, die hier aufgedeckt werden. Dazu heißt es bei der Landesregierung: erste Auskunft: nur Verwaltungsratsangelegenheiten; zweite Auskunft: Verwaltungs- und dienstliche Angelegenheiten; dritte Auskunft - Herr Clement hat uns ja neulich hier den Einserjuristen vorgeführt, der für die Staatskanzlei geantwortet hatte; deshalb muß man immer auf die Worte achten -: Verwaltungsrat plus dienstliche Flüge plus dienstlich veranlaßte Flüge. Die vierte Stufe sind "Privatflüge". - Es gibt also "Verwaltungsratsflüge", "dienstlich veranlaßte Flüge", "dienstliche Flüge" und "private Flüge".

Meine Damen und Herren, wissen Sie, was ich mir an der Stelle lobe? Neu in die Diskussion geraten ist ein Kollege, nämlich der damalige Fraktionsvorsitzende Farthmann von der SPD-Fraktion, der nach Vorabmeldung des "Focus" zusammen mit Herrn Neuber auf eine Urlaubsreise zur Bärenjagd nach Jugoslawien geflogen ist. Das

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) war anlässlich seines 60. Geburtstags. Herr Farthmann sagt in selten schöner Klarheit: Ich habe nicht einen Pfennig bezahlt!

(Herbert Reul [CDU]: Das ist fair!)

- Meine Damen und Herren, dazu fällt mir nur ein: Herr Farthmann, ich finde das zwar nicht besonders gut; aber ich finde es gut, daß Sie so ehrlich gewesen sind und das gleich gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist immerhin ein denkwürdiger Kontrast gegenüber dem Verhalten der Landesregierung in der ganzen Angelegenheit.

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang möchte ich Ihnen noch eine andere Frage stellen und Sie bitten, darauf zu antworten, Herr Ministerpräsident: Im Augenblick wird über manches diskutiert. Vielleicht sollten Sie auch einmal ein Wort über den Investment-Club verlieren, in dem Sie und Herr Schleußer bei der WestLB gewesen sind, damit wir und die gesamte Öffentlichkeit einmal erfahren, um was es hier eigentlich geht.

- (B) - Meine Damen und Herren, es geht darum, den Grauschleier wegzuziehen und endlich diese Grauzone aufzulösen. Deshalb wollen wir den Untersuchungsauftrag erweitern und werden heute nachmittag den entsprechenden Antrag dazu stellen. In der Abstimmung wird sich zeigen, ob die SPD-Fraktion und die GRÜNEN an Aufklärung in dieser Affäre Interesse haben, ja oder nein.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie haben es sich selbst zuzuschreiben, daß Sie nach dem Anschein, wie er besteht, die WestLB als Selbstbedienungsladen begriffen haben. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Manager der WestLB machen die Sache nun auch nicht einfacher. Wir hätten den Untersuchungsausschuß, der jetzt kommt, vermeiden können,

(Lachen bei der SPD)

wenn Sie Sachaufklärung betrieben und die Fragen des Parlaments ehrlich beantwortet hätten. Das ist doch klar.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Das soll Ihnen hier einmal einer glauben!)

Sie aber haben sich über die Belange des Parlaments hinweggesetzt, seine Rechte mißachtet.

Sie haben wie immer überheblich, arrogant und spontan reagiert. (C)

(Edgar Moron [SPD]: Das ist mehr Ihr Kennzeichen!)

Das ist mein Fazit, das ich aus der gesamten Affäre vorab ziehe, unabhängig davon, daß wir uns um Einzeltatsachen noch gesondert kümmern müssen. Die SPD macht hier im Land Hinterzimmerpolitik, Klüngelei und Filz. Das sind Kennzeichen der SPD in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ziel ist es, die Fenster dieses Hinterzimmers weit aufzureißen und frische Luft hereinzulassen. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Da sind Sie genau der Richtige!)

Meine Damen und Herren, die CDU hat im Kommunalwahlkampf als eines ihrer Kernthemen vertreten: Bürger, wir wollen euch eure Städte zurückgeben!

(Edgar Moron [SPD]: Das erleben wir gerade, was Sie überall machen, in Köln und anderswo. Da habt ihr schon die Unwahrheit gesagt!) (D)

Wir sagen darüber hinaus: Wir wollen euch nach dem 14. Mai 2000 das Land Nordrhein-Westfalen zurückgeben, das euch die SPD abgenommen hat.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, ich darf dem nächsten Redner, Herrn Kollegen Professor Dr. Dammeyer, das Wort für die SPD-Fraktion erteilen.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2000 ist die konsequente Fortsetzung einer Politik, die sich aus unserer Sicht an Arbeit und Ausbildung, an Bildung und sozialer Gerechtigkeit sowie an einer Verantwortung für die Umwelt und soliden Finanzen orientiert.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das merkt nur keiner!)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) - Es mag sein, daß Sie das nicht merken. Offenbar verwenden Sie Ihre Ohren sowieso immer nur zum Sitzen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Arbeit für unser Land und die Menschen in Nordrhein-Westfalen orientiert sich an den realen Problemen und den Zukunftsaufgaben. Ich füge hinzu: Gemeinsam mit Wolfgang Clement haben wir mit großem Erfolg für diese Ziele gearbeitet, für die richtigen politischen Inhalte für unser Land gekämpft. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben,

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- Herr Hegemann, merken Sie sich das ruhig -, weil Wolfgang Clement auch nach dem 14. Mai 2000 Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schlecht für die CDU, aber gut für unser Land. Denn mit diesem Ministerpräsidenten haben wir unbestreitbare Erfolge im Wandel der Industrie- und der Wirtschaftsstruktur in sozialer Verantwortung erreicht. Es ist nämlich seit langem ein Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen, daß wir den Prozeß eines innovativen Strukturwandels sozial begleiten. Genauso ist es, und so wird es bleiben. Dafür steht Wolfgang Clement!

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Clement hat meßbare und auf dem Arbeitsmarkt spürbare Erfolge in der Modernisierung unseres Landes bewirkt. Mit dem Landeshaushalt 2000 legen wir gleichzeitig eine Bilanz vor, die unser Land voran gebracht hat und unser Land in eine gute Zukunft führt. Darauf sind wir stolz.

Dieser Haushalt ist der letzte in der laufenden Legislaturperiode. Bei der Gelegenheit wird man daran erinnern dürfen, daß sie damit begann, daß Ministerpräsident Johannes Rau nach den Wahlergebnissen die Tradition fortgesetzt hat, auch in dieser Legislaturperiode den Strukturwandel planvoll fortzuschreiben. Wir haben das über viele Jahre hinweg geschafft. Wir sind die Fachleute für den sozialverträglichen Strukturwandel.

(Beifall bei der SPD)

Diese Arbeit hat Johannes Rau begonnen. Wir sind dem Ministerpräsidenten Johannes Rau dankbar für seine bleibenden Verdienste. (C)

(Erneut Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade vor diesem Hintergrund macht es mich überaus betroffen, mit welcher pharisäerhaften Attitüde der Herr Meyer hier über den Untersuchungsausschuß und den Bundespräsidenten hergezogen ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie nutzen buchstäblich wirklich alle Schlupflöcher, um den Bundespräsidenten zu treffen. Sie nutzen jedoch nicht alle Schlupflöcher, um dem zu entgehen, sondern Sie zielen genau darauf ab.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns - nachdem die SPD-Fraktion beschlossen hatte, einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Umstände und Vorgänge im Zusammenhang mit den Flügen einzurichten - entschieden, einen gemeinsamen Antrag einzubringen, den alle drei Fraktionen unterzeichnet haben.

Bei der Abstimmung des Untersuchungsauftrags legte uns die CDU eine Passage vor, die sie heute als Änderungsantrag einbringt. Dabei hatten wir uns gemeinsam darauf verständigt, diese Passage nicht in den Untersuchungsauftrag aufzunehmen. Tags darauf kamen die Kollegen der CDU und baten uns, erneut darüber zu verhandeln, und zwar mit dem Hinweis auf die Feier des 65. Geburtstags von Bundespräsident Rau, dem früheren Ministerpräsidenten. (D)

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Dies geschah, obwohl die "Westfälische Rundschau", die diesen Sinneswandel bei der CDU angeblich ausgelöst hat, bereits 1996 darauf aufmerksam gemacht hatte, daß weder die Privatkasse von Rau noch das Staatssäckel belastet worden ist, da alles gesponsert wurde - bereits 1996; alle, die daran teilgenommen hatten, wußten das. Mit dem Hinweis auf diesen Punkt kommen die CDU-Kollegen nun und beantragen die Ausweitung des Untersuchungsauftrages. -Außerdem hat Herr Meyer einen Tag zuvor in einem Pressegespräch selber auf diese Umstände hingewiesen.

(Laurenz Meyer [CDU]: Falsch!)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) - Herr Meyer, Sie suchen sich geradezu Schlupflöcher, um den Bundespräsidenten attackieren zu können.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, Sie wollten den Bundespräsidenten heraushalten. Sie sagen das aber nur; das Gegenteil tun Sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen in dem Zusammenhang von Sensibilität. Das ist die Sensibilität der Unterseite des Fußes eines Nashorns!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht Ihnen ganz offensichtlich um nichts anderes, als darum, hier eine Schnüffeleisystematik einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt stellen Sie schon Fragen wie: Wem gehört das Boot von Herrn Schleußer? Selbst wenn es ihm nicht gehören würde: Was geht Sie das eigentlich an?

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- (B) Welche Bedeutung hat das für die von Ihnen geforderte Erweiterung des Untersuchungsauftrags?

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es geht Ihnen um nichts anderes als darum, Verdächtigungen in die Welt zu setzen, zu streuen und nachzugehen. Es geht Ihnen nicht darum, Klarheit in diesem Lande zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Dazu leihen wir Ihnen nicht unseren kleinen Finger. Das betrifft auch Ihren Änderungsantrag. Wir haben Ihnen das bereits am Mittwoch gesagt. Es mag durchaus sein, daß Sie diese Angelegenheit verfolgen wollen. Dann beantragen Sie einen eigenen Untersuchungsausschuß, den fünften, wenn Sie das unbedingt wollen; Sie haben dazu alle Minderheitenrechte. Aber glauben Sie nicht, daß Sie für den Versuch, den vierten Untersuchungsausschuß auszuweiten, auch nur den kleinen Finger der Sozialdemokraten bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gegensatz zu der CDU sind wir stolz auf die wirt-

schaftliche und politische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. 20 der 40 umsatzstärksten deutschen Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen. 680.000 kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen ein Viertel der Erwerbstätigen. Wir wollen diese Quote gewaltig steigern. Mit der Gründerinitiative "GO!" ist der Unternehmensbestand von 1996 bis 1998 um 80.304 Unternehmen gewachsen. Von 1970 bis 1998 stieg der Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung in NRW von 42,3 auf 66 %. Im Bundesgebiet ist er bei seinem Anteil von 62 % geblieben. Das ist eine glasklare Bilanz, die unser Ministerpräsident aufmachen kann. Dem hat die CDU-Opposition in diesem Hause nichts entgegenzusetzen außer Mäkelei und Miesmacherei.

(Beifall bei der SPD)

außer der Politik des "Abmeyerns" - auch wenn Sie meinen, Sie könnten hier schonungslos Fakten aus der Straßenbahn vortragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese glasklare Bilanz erfolgreicher Modernisierung unseres Landes läßt sich auch an einem anderen Beispiel zeigen: Nordrhein-Westfalen ist heute der europäische Standort für Medien. Die wichtigsten deutschen Unternehmen der Medien- und Kommunikationsbranche sind hier: Bertelsmann, Mannesmann, RWE, Telekom, Thyssen, VEBA. Sieben Fernsehveranstalter, WDR, RTL, VIVA I, VIVA II; VOX und eine Reihe mehr haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Bei uns ist in den letzten Jahren die größte Fernsehstudiolandchaft entstanden. 46 Lokalradiostationen, fünf WDR-Hörfunkprogramme, Deutsche Welle, Deutschlandfunk haben ihren Sitz bei uns, d. h.: Wir haben eine vielfältige Hörfunklandschaft und außerdem viele Printmedien.

Der Regelbetrieb des digitalen Radios steht unmittelbar vor der Tür. In der NRW-Medien- und Kommunikationswirtschaft arbeiten mittlerweile schon über 200.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, dreimal so viel wie im Bergbau, fünfmal so viel wie in der Stahlindustrie. Der Umsatzanteil dieser Branche am Gesamtumsatz aller Unternehmen lag 1997 bereits bei 7,8 % - in Bayern, das von Ihnen immer gelobt wird, bei gerade einmal 6,7 %. Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile Rundfunkproduktionsstandort Nummer eins in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) Diese Entwicklung war bei uns nicht selbstverständlich. Wir müssen uns mit dem Image, dies sei ein Land von Kohle und Stahl, herumschlagen. Wir wissen, daß wir noch eine gewaltige Aufgabe vor uns haben, um den Strukturwandel wirklich zu vollziehen. Aber wir haben schon verdammt viel geschafft. Wir sind spitze. Eigentlich sollten Sie von der CDU das einsehen.

(Beifall bei der SPD)

Es gab nicht allzu viele, die rechtzeitig auf das medienpolitische Pferd gesetzt haben. Unser Ministerpräsident hat das getan. Dem deutschen Arbeitsmarkt fehlen derzeit fast 80.000 Fachkräfte für Informationstechnik und Medien. Der Bedarf an Fachkräften für die Informationswirtschaft wird mittelfristig sicher noch wachsen. Wir wissen, daß Medienkompetenz der Schlüssel zur Wissens- und Informationsgesellschaft ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wichtige Schrittmachfunktion leistet die von uns ins Leben gerufene Initiative "NRW-Schulen ans Netz". Diese setzen wir fort mit der E-Initiative "NRW-Netzwerk für Bildung". Das europäische Medienkompetenzzentrum in Marl, das Kommunikations- und Medienzentrum "Kommed" in Köln, die 1998 gegründete Medienakademie in Köln, die vielfältigen Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, Medienstudiengänge und regionale Multimediaakademien und letztlich die in diesem Haushalt eingeplante Filmhochschule in Köln machen deutlich, daß wir mit Wolfgang Clement auf dem richtigen Weg in die Wissens- und Informationsgesellschaft sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen uns das nicht miesmachen. Wir sind spitze. Eigentlich sollten Sie das einsehen.

Diese Leistung unseres Ministerpräsidenten wird national und international neidlos anerkannt. Dagegen fällt dann Herrn Meyer nichts anderes ein, als seinen Vorsitz im HDO-Untersuchungsausschuß, den er ständig mit seiner Funktion als Oppositionsführer parteipolitisch mischt, dafür zu mißbrauchen, eine schwierige unternehmerische Entwicklung für die Umstellung eines Trickfilmzentrums von Weltrang zu attackieren. Wenn wir dieses Bedenkentum hier zum Maßstab gemacht hätten, wären wir immer noch die medienpolitische Provinz! Das wollen Sie wohl für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen es weiterentwickeln. Wir wollen zukunftsträchtige Bereiche installieren. Wir setzen dieser obstrusen Oppositionspolitik klare Fakten und klar belegbare Erfolge entgegen.

Der wirtschaftspolitische Schwerpunkt, den wir in den Landeshaushalten der letzten Jahre gesetzt haben, trägt offenbar reiche Früchte. Mit einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 826,9 Milliarden DM liegt Nordrhein-Westfalen an der Spitze der deutschen Länder. Bayern liegt bei 643,1 Milliarden DM, Baden-Württemberg bei 546,6 Milliarden DM und Niedersachsen bei 331,4 Milliarden DM. Ich will die Leistungen der anderen Länder nicht schmälern, aber ich lege Wert darauf: Wir sind spitze, und Sie sollten das endlich einsehen!

(Beifall bei der SPD)

Das sind die Fakten. Da können Sie noch so lange herummäkeln, mehr als mäkeln bringt das nicht. Politischer Erfolg wird daran aber nicht gemessen. Die fadenscheinige Polemik der CDU-Opposition wird da nicht helfen.

Haben Sie doch einmal den Mut und sagen Sie den Menschen im Land, wie Ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Medienpolitik nun wirklich aussieht! Das fehlte hier. Das fehlt bei allen Gelegenheiten. Das fehlte auch bei den Haushaltsplanberatungen in den Ausschüssen. Selbst wenn Sie einen Schnellkurs belegen würden, würden Sie mit Ihrer NRW-CDU noch lange nicht genug für unser Land leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahresbeginn haben wir in Nordrhein-Westfalen allein 22.311 Firmenneugründungen verzeichnet. In Bayern waren es 17.375, in Baden-Württemberg 10.561. Ich will die Leistungen der anderen Länder nicht herunterreden. Aber wird sind spitze, und Sie sollten das einsehen!

(Beifall bei der SPD)

Mit der Arbeitslosenquote von 10,2 % stehen wir mittlerweile ganz brauchbar da. Das hat uns vor ein paar Jahren auch niemand zugetraut. Vor drei Jahren prangerte Herr Linssen hier noch eine Arbeitslosenquote von 11,6 % an. Jetzt liegen wir bei 10,2 %. Geben Sie doch zu, daß wir Erfolge gehabt haben! Das sind Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Vernebelungstaktik will den Menschen weismachen, Nordrhein-Westfalen hätte eine Wachs-

(C)

(D)

(Dr. Manfred Dammeyer (SPD))

- (A) tumslücke. Das ist in Wahrheit nichts anderes als eine Wahrnehmungslücke der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, damit Sie es auch ganz klar hören: Wir sind stolz auf unsere Erfolge im Bereich der inneren Sicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger fallen nicht auf die plumpe Polemik herein, auch nicht auf die Sprüche, die wir eben zu hören bekommen haben. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, daß sie bei uns in Nordrhein-Westfalen in Sicherheit leben. Wenn Sie von der Opposition den Menschen etwas anderes einreden wollen, werden sie Ihnen das nicht glauben. Denn sie erleben es anders, und sie glauben nicht den wahlkämpfenden Populisten.

(Beifall bei der SPD)

Nie gab es in Nordrhein-Westfalen so viel Polizei wie heute. 47.900 Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit. 1970 waren es noch 13.000 weniger. Unsere Polizei hat die beste Ausbildung und die beste Bezahlung in Europa. Die Folge ist: Unsere Polizei ist hochmotiviert. Das wollen wir auch gern steigern.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Unsere Polizei ist modern ausgerüstet. Allein in den letzten vier Jahren wurden rund 250 Millionen DM in Informations- und Kommunikationstechnik investiert. Das muß fortgeführt werden. Die Konsequenz ist - auch wenn Sie das lieber anders sehen -: Unsere Polizei steht für die höchste Aufklärungsquote von Straftaten in unserem Land seit über 25 Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Die sichersten Großstädte in der Bundesrepublik liegen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen Sie uns deshalb nicht mit dieser Lücke, die Sie uns unterstellen wollen! Wir sind spitze, und Sie müssen das einsehen!

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich noch, Herr Kollege Meyer: Sie haben den Kollegen Walsken in Ihrer Rede zur zweiten Lesung des Nachtragshaushalts gemahnt, man müsse sich überlegen, was man draußen sage und was man hier im Landtag sage. Sie haben angekündigt, Sie würden den Kollegen bei der Polizei in jedem Ort mitteilen, was wir hier

(C) machen. - Ich wußte noch gar nicht, daß Sie Polizist sind. Es mag ja sein, daß Sie das auch noch für Ihre Berufsfindung schaffen.

Ich hoffe aber nun, daß Sie Ihr Versprechen halten. Sagen Sie bitte allen Polizistinnen und Polizisten, daß neben den Strukturverbesserungen, die die rot-grüne Koalition umgesetzt hat, im Entwurf des Landeshaushalts 2000 für die Polizei im nächsten Jahr über 1.100 weitere Stellenhebungen im gehobenen Dienst vorgesehen sind. Über 1.600 Beförderungen werden damit möglich.

Weil ich befürchte, daß Sie das vor Ort verschweigen, sage ich es gern den Polizistinnen und Polizisten, den Zuschauerinnen und Zuschauern: Neben diesen 1.100 Stellenhebungen wird es im Haushalt 2000 1.250 Beförderungsmöglichkeiten nach A 10 und A 11 zusätzlich zu den schon bestehenden Beförderungsmöglichkeiten und zu denen im mittleren Dienst bei der Polizei geben - und zwar deshalb, weil wir den Haushalt beschließen und weil die CDU wie im Ausschuß, wie in allen Ausschüssen, wie in der zweiten Lesung diesen Haushalt ablehnen wird. Wir stehen dafür, daß es der Polizei bessergeht - nicht die CDU.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Aber es wäre ja gut, Herr Meyer, wenn Sie jetzt bei der Polizei herumreisen und tatsächlich mitteilen würden, wie hervorragend die SPD diese Politik weiter betreibt.

Wir wollen eine motivierte und gut ausgerüstete Polizei, weil sie für unsere Gesellschaft vielfältige Aufgaben wahrzunehmen hat. Sie ist der Garant für Schutz und Sicherheit. Die Menschen haben ein Recht darauf, daß der Staat sie vor Verbrechen schützt. Weil das so ist, treten Sozialdemokraten dafür ein, daß Kriminalität mit aller Schärfe verfolgt und auch mit aller Härte des Gesetzes geahndet wird.

Aber genauso konsequent bekämpfen wir soziale Mißstände, die zu Kriminalität führen können. Das unterscheidet uns Sozialdemokraten von der vordergründigen und populistischen Law-and-Order-Mentalität der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Polizeipräsenz dort, wo es nötig ist, damit das Rechtsgefühl und das Sicherheitsbedürfnis der Menschen nicht erschüttert werden. Aber unsere Antwort bleibt genauso eine aktive Politik der Vorbeugung, die an der Bekämpfung

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) der Ursachen von Kriminalität ansetzt. Es ist besser, Verbrechen zu verhindern als Täter verfolgen zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Prävention ist ein herausragendes Ziel der Landespolitik im Bereich der inneren Sicherheit. In Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit mehr als 650 Ordnungspartnerschaften, an denen sich die Bevölkerung, die Wirtschaft, der öffentliche Nahverkehr, die Schulen und viele andere beteiligen. Wir wollen das fördern. Die Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel und den entsprechenden Verbänden ist einmalig in der Bundesrepublik.

Ordnungspartnerschaften sind ein Exportschlager aus Nordrhein-Westfalen. Sie sind auch ein Exportschlager der rot-grünen Politik aus Nordrhein-Westfalen. Die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist auch deshalb gewährleistet, weil wir Sozialdemokraten den bestmöglichen Schutz im Auge haben, nämlich die soziale Ausgewogenheit und Sicherheit im Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind spitze, und Sie sollten das einsehen!

- (B) Meine Damen und Herren! Wir sind natürlich auch stolz auf die Erfolge unserer Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist das Bildungsland Nummer eins.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind stolz darauf, daß bei uns in Nordrhein-Westfalen 94 % aller Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Sekundar-Abschluß verlassen. Damit sind wir spitze in Deutschland!

(Beifall bei der SPD - Edgar Moron [SPD]:
Wieviel sind es denn in Bayern?)

Das macht uns wirklich keiner nach. Alle anderen Länder haben höhere Abgängerquoten ohne Abschluß als wir in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kümmern uns um die, die es am schwersten haben. Das spricht für die Qualität unseres Schulsystems. Das spricht für die Leistungsfähigkeit unserer Lehrerinnen und Lehrer. Das spricht für die Motivation und die Leistungsfähigkeit unserer Kinder. Unsere Kinder sind in der Tat nicht dümmer als anderswo, Herr Meyer. Aber machen Sie sie doch bitte auch nicht so! Behandeln Sie sie auch nicht so!

(Beifall bei der SPD)

- (C) Wir haben es eben wieder gehört: Sie fangen jetzt an, Qualität in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen. Haben Sie wirklich nicht mitbekommen, daß das der Kern dessen ist, was mit der Initiative der Rau-Kommission "Bildung der Zukunft" und "Zukunft der Bildung" zustande gekommen ist? Haben Sie das wirklich nicht mitbekommen? Jetzt fangen Sie damit an, Qualität in den Mittelpunkt stellen zu wollen. Wir hören von Ihnen Schwadronagen - aber nicht viel mehr.

Vor kurzem erst wieder bei der Diskussion des Nachtragshaushalts und auch jetzt wieder beweisen Sie, wie Sie es wirklich damit halten. Wenn es zum Beispiel darum geht, Unterrichtsausfall konkret, wirkungsvoll und schnell zu bekämpfen und die Qualität von schulischer Bildung zu sichern, handeln wir.

Mit dem Nachtragshaushalt 1999 haben wir 600 Stellen für den Vertretungspool für die Grundschulen, eine Erhöhung der flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht auf 200 Millionen DM und 430 zusätzliche Stellen für die Entlastung der Schulleitungen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall fest vorgesehen. Sie haben dagegen gestimmt. Im Ausschuß haben Sie sich an den Beratungen kaum beteiligt, an den Abstimmungen gar nicht beteiligt. Im Plenum haben Sie dagegen gestimmt. Sie wollten das nicht!

(Beifall bei der SPD)

Auf Antrag der SPD-Fraktion werden am 1. Februar 2000, also in etwas mehr als einem Monat, 1.000 zusätzliche Lehrer auch in den Bereichen der Sekundarstufen I und II eingestellt.

(Brigitte Speth [SPD]: Mehr, als die CDU gefordert hat!)

Es ist wichtig, daß wir für unsere Kinder in den Grundschulen und im Bereich der Sekundarstufen-Schulen zusätzliche Lehrer einstellen, um ihnen wirklich eine hervorragende Schulbildung zu garantieren. Es ist keine leichte Aufgabe, die Kosten von zusätzlichen 92,3 Millionen DM allein im Jahre 2000 und die Kosten in den Folgejahren, die den Haushalt belasten, zu schultern. Das wissen wir. Deshalb ist uns diese ganze Operation nicht leichtgefallen. Wir haben darüber viel beraten.

Aber wir haben den Bedarf erkannt und die notwendigen Entscheidungen getroffen.

Vieles, was sonst fachpolitisch noch wünschenswert wäre, haben wir hintanstellen müssen. Wir

(D)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) wollen aber die Angebote der verlässlichen Schule von 8 bis 1 und die Ganztagsangebote deutlich verbessern. Dafür stellen wir fast 20 Millionen DM zusätzlich in den Haushalt ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von diesen ganztägigen Angeboten hat auch Herr Meyer eben gesprochen. Die CDU hat sage und schreibe Anträge im Umfang von 1,5 Millionen DM für weitere Horte gestellt. Für den Ganztagsbereich hat sie nicht einmal einen einzigen Antrag eingereicht. Hier reden Sie davon, wie wichtig die ganztägige Betreuung der Schülerinnen und Schüler wäre.

(Beifall bei der SPD)

Herr Meyer! Haben Sie es noch nicht mitgekriegt? Wir sind bei Haushaltsplanberatungen. Da geht es nicht nur darum, wolkige Schwadronen für die Zukunft abzulassen, sondern es geht darum, über den Haushalt für das Land zu entscheiden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Da können Sie nicht nur so erzählen, was Sie möglicherweise für fromme Wünsche haben mögen, um endlich aus der Verstaubtheit der 50er-Jahre-Programmatik der CDU herauszukommen. Da müssen Sie sich entscheiden, was Sie wie haben wollen. Wir stellen Ihnen heute mit diesem Haushalt unseren Weg vor, einen Haushalt mit neuen erheblichen Anstrengungen zugunsten unserer Schulen, der Schülerinnen und Schüler und der verbesserten Arbeitsbedingungen der Lehrer. Was sagen Sie dazu? - Nein!

(Marc Jan Eumann [SPD]: So sind sie! - Beifall bei der SPD)

- So sind sie. Ich war sehr gespannt, Herr Meyer, was Sie in diesen Haushaltsberatungen nun tun würden. Denn ich erinnere mich noch: Sie haben selber im Landtag gesagt: "Auch wenn wir Kopfstände machen müssen, um die finanziellen Dinge im Haushalt glattzuziehen, werden wir nach Mai 2000 dafür sorgen, daß die Kinder in Nordrhein-Westfalen genau so gute Chancen für ihr Leben erhalten wie die Kinder in anderen Ländern."

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Meine Güte! Nach Mai 2000? Kopfstände wollen Sie machen? Machen Sie das mal! Durchs ganze Land können Sie das tun! Die ganze Kö rauf und runter! Das sind doch nur Leerfloskeln. Sie sagen ja nur, daß Sie meinen, Sie könnten dafür Anstrengungen unternehmen. Sie haben kein Kon-

zept dafür. Sie haben keine entsprechenden Anträge formuliert. (C)

Sie sagen, Sie wollten 2000 Lehrerstellen vorsehen. Diese stellen Sie zum 01.08.2000 dann gleich wieder kw, d. h.: die können Ihres Erachtens wieder wegfallen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Jetzt hört zu!)

Für ein Jahr wollen Sie Lehrer haben - nicht länger. Das ist alles, was Sie in diesem Bereich für diesen Haushalt vorgesehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht ist das die Illustration des Kopfstandes, Herr Meyer. Es mag ja sein, daß Sie wollen, daß Ihre Partei programmatisch endlich auf Vordermann kommt. Aber die Herrschaften, die da für Ihre Kopeken verantwortlich sind und die für das verstaubte bildungspolitische Programm Verantwortung tragen, die machen Ihnen offensichtlich einen Strich durch die Rechnung. Deshalb bleiben Ihre Reden, was sie sind: Nichts als Reden!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ginge es Ihnen wirklich darum, dann sollten Sie diesem Haushalt zustimmen. Denn da geht es wirklich darum, in unserem Land zusätzliche Lehrer bereitzustellen. Wenn Sie das wirklich wollen würden, könnten Sie mitmachen. Wir laden Sie dazu ein. Sie haben die Möglichkeit, dafür rechtzeitig die Hand zu heben. (D)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Wenn Sie wollen, machen wir zu diesem Teil auch eine gesonderte Abstimmung und nehmen diesen Part heraus. Wenn Sie das wollen, bitte gerne! Sie müssen es nur beantragen!

Meine Damen und Herren, trotz der Schwierigkeiten, die wir bei den Finanzen haben, werden jetzt an unseren Schulen 2.800 zusätzliche Stellen geschaffen. Damit bekämpfen wir den Unterrichtsausfall wirkungsvoll,

(Beifall bei der SPD)

und wir sichern die Bildungsqualitäten in unserem Lande.

(Ewald Groth [GRÜNE]: So ist das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Mund sind Sie ganz schnell dabei. Beim Fordern sind Sie ganz groß. Wenn es dann aber darum

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

(A) geht, hier etwas zu bewegen, dann bringen Sie nichts.

Wir wissen genau, daß es keine totale Unterrichtsgarantie gibt. Das war die Parole, mit der Herr Koch in Hessen aufgetreten war und mit der Sie jetzt hier auch auftreten.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber es gibt eine Oppositionsgarantie, und die liegt bei der CDU!)

- Die Oppositionsgarantie bei der CDU geht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, heute ist festzustellen: Ministerpräsident Koch nimmt heute Schritt für Schritt, Wort für Wort seine vollmundigen Sprüche zurück.

(Loke Mernizka [SPD]: So ist das!)

Heute - seit er die Regierungsverantwortung trägt - will er "versuchen", den strukturellen Unterrichtsausfall "innerhalb der nächsten vier Jahre" "soweit wie möglich" zurückzuführen. Also: Mehr salvatorische Klauseln kann man gar nicht mehr einbauen!

(Beifall bei der SPD)

B) Und das alles, obwohl er den Eindruck erweckte, unmittelbar nach den Wahlen werde alles anders!

So ist es auch mit der Kopfstandgarantie des Herrn Meyer, ab Mai 2000. Herr Meyer, eines sage ich Ihnen: Aus dem Mai 2000 und Ihren frommen Wünschen wird nichts. Ministerpräsident bleibt Wolfgang Clement.

(Beifall bei der SPD - Bodo Champignon [SPD]: Sehr richtig!)

Wir werden auch weiterhin die Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Bürgerinnen und Bürger glauben Ihnen auch nicht, daß Sie nach dem Mai 2000 etwas anderes würden machen können. Auf Bildungspolitiker dieser Art können wir in Nordrhein-Westfalen gerne verzichten. Wir wollen nämlich, daß es in unserem Lande vorwärtsgeht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der Meyer bleibt sitzen!)

Wir wissen natürlich auch, daß der sogenannte Zukunftsminister bei Kanzler Kohl aus diesem bedeutenden "System Kohl" auch die Verantwor-

tung dafür trägt, daß die Bildungsausgaben des Bundes um über 1,5 Milliarden DM gekürzt wurden, während sie zur gleichen Zeit in Nordrhein-Westfalen um fast 3 Milliarden DM stiegen - allein in Nordrhein-Westfalen! (C)

Die Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen am 14. Mai schon das "Nein, danke!" sagen. Sie wollen wirklich Qualitätsstandards. Sie wollen die Qualität unseres Bildungssystems respektiert sehen,

(Laurenz Meyer [CDU]: Hoffentlich glauben Sie das selbst!)

und sie wollen daran nicht das Mäkeln der CDU, des Herrn Rüttgers und des Herrn Meyer.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Der Mai kommt! Der Meyer bleibt sitzen!)

Aber gelegentlich kann man sich auch mit Ihren Programmen beschäftigen. Nun war immerhin der Herr Rüttgers in Bonn nicht für alles mögliche zuständig - wohl aber für Fragen der beruflichen Bildung. Dann ist unter seiner Verantwortung hier ein Programm aufgestellt worden, das ein zukunftsträchtiges Bildungsprogramm sein will - ein bildungspolitisches Grundsatzpapier. Sie haben sich zwar schwer damit getan, Bürgerinnen und Bürger sowie Mitglieder zu finden, die mit Ihnen darüber diskutieren wollen, aber das ist eine andere Angelegenheit. (D)

Es ist aber schon kennzeichnend: In diesem ganzen Papier kommen die berufliche Bildung und die Berufskollegs mit keinem einzigen Wort vor.

(Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Sie kennen es gar nicht! - Zurufe von der CDU)

Sie haben für diesen Bereich nicht nur keinen Sinn, sondern Sie schwadronieren nur wolkig über Wissensgesellschaft, haben aber keinerlei Sinn dafür, unser wirkungsvolles bildungspolitisches System in der beruflichen Bildung zu respektieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine bildungspolitische Geisterfahrt, die mit Chancengleichheit und Bildung für alle nun wirklich nichts am Hut hat.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben mit dem Ausbildungskonsens konkret gehandelt und zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen unseren Partnern, die dabei mitgeholfen und die das planvoll betrieben

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) haben. Der ausbildende Teil der Wirtschaft ist, was das angeht, ungeheuer aktiv, um vieles zu machen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat diese Initiative ergriffen. Wolfgang Clement hat diesen Ausbildungskonsens zu einem beispielhaften Erfolg geführt. Er hat sich buchstäblich selber dafür abgerackert und Ausbildungsplätze zu zwei, drei, fünf oder sieben Stellen zusammengesammelt. Offensichtlich muß man das heutzutage in solchen Zahlen tun. Man muß sich auch anstrengen. Man muß mit vielen Leuten darüber reden. Man darf darüber nicht nur keine Häme verschütten, sondern man muß vielmehr ausdrücklich dankbar dafür sein.

(Beifall bei der SPD)

Bis Ende September wurden insgesamt 127.384 Ausbildungsstellen gemeldet; das ist ein Zuwachs von 6,1 %. Auch wenn man das Sofortprogramm der Bundesregierung herausrechnet, liegt Nordrhein-Westfalen mit 120.900 gemeldeten Stellen um knapp 830 Stellen über dem schon guten Vorjahresergebnis.

- (B) Ende Oktober war der Ausbildungsstellenmarkt bei uns in Nordrhein-Westfalen ausgeglichen: Insgesamt 4.456 noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern stehen 4.500 noch nicht besetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Wir sind Spitze, und Sie sollten das eigentlich einsehen.

(Beifall bei der SPD - Bodo Champignon [SPD]: Das können die nicht!)

Dafür danken wir den Unternehmen und den Betrieben, die den jungen Menschen eine Chance geben. Wir fordern die jungen Menschen auf, auch unter schwierigen Bedingungen eine Ausbildung zu absolvieren, möglicherweise auch weitere Wege in Kauf zu nehmen und auch eine Ausbildung in einem Beruf zu wählen, der nicht von vornherein der beste Wunsch war; sie müssen im Laufe ihres Lebens sowieso die eine oder andere Praxis ändern. Daher ist es gar nicht verkehrt, überhaupt eine Ausbildung zu haben. Denn wer keine Ausbildung hat, der hat auch keine Chance, seinen Lebensunterhalt auf Dauer selbst zu sichern.

Wir danken Wolfgang Clement, daß er sich unermüdlich für zusätzliche Ausbildungsplätze abrackert.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind stolz darauf, daß das Programm, das wir hier mit "Jugend in Arbeit" in Gang gesetzt haben, die Grundlage und das Vorbild für das 100.000-Plätze-Programm der Bundesregierung war. Es ist gut, daß die Bundesregierung diesbezüglich die vorzüglichen Erfahrungen unseres Landes aufgreift. Es ist gut, daß eine solche Technik, wie wir sie in der Praxis entwickelt haben, auch bundesweit gelten kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allein über das Programm "Jugend in Arbeit" konnten 1998 80.000 Jugendliche unter 25 Jahren wieder in Arbeit kommen. Die Quote derjenigen jungen Menschen, die langzeitarbeitslos waren - Menschen unter 25 Jahren, die mehr als ein Jahr arbeitslos gewesen sind -, ist um 40 % reduziert worden. Das ist ein ganz gewaltiger Erfolg, weil es sich um wirklich schwierige Menschen handelt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind Spitze. Wir wollen noch besser werden. Sie sollten aber eigentlich einsehen, daß wir Spitze sind.

Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt ein wichtiger Schwerpunkt unserer politischen Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Erwerbsarbeit hat für uns Sozialdemokraten höchste Priorität, und sie setzt an zwei Seiten an: Zum einen wollen wir die Qualifizierung und die Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zum anderen fordern wir die Wirtschaft - und hier insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Handwerksbetriebe - dazu auf.

Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit finanzieren. Deshalb fördern wir mit dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Insgesamt waren es 3.300 neue Arbeitsplätze, die allein in diesem Zusammenhang gefördert werden konnten.

Die Initiative START Zeitarbeit NRW GmbH, die wir 1995 mit gründen halfen, führt den Beweis, daß sozialverträgliche Zeitarbeit auch betriebswirtschaftlich erfolgreich sein kann. Ein Rekordergebnis von 6,5 Millionen DM Überschuß ist erzielt worden. 1.025 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fanden allein im letzten Jahr im Anschluß an ihren START-Verleiheinsatz einen neuen Arbeitgeber - und das alles ohne jeden Ab-

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

(A) strich am sozialen Auftrag. Von den 7.700 Arbeitskräften, die seit der Gründung von START angestellt worden sind, gehören fast 4.200 zu den schwer vermittelbaren Zielgruppen des Arbeitsmarktes.

Auch das Arbeitsmarktprogramm "Soziale Wirtschaftsbetriebe" hat seit 1997 rund 200 Arbeitslosen, Behinderten und Berufsrückkehrerinnen einen Arbeitsplatz ermöglicht. Mit dem Programm konnten 24 Wirtschaftsbetriebe gegründet werden. Dafür haben wir auch 33 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Bei den Existenzgründungen sind das alles nur Erfolgsstorys, die von Nordrhein-Westfalen ausgehen. Warum reden Sie das alles so herunter?

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

- Ich dachte, das kommt aus der Straßenbahn, Herr Meyer. Eben haben Sie uns noch erzählt, das hätten Sie in der Straßenbahn gefunden, und dann glauben Sie das auch alles!

1997 beklagten Sie noch, daß 170.000 Selbständige und damit 500.000 bis 700.000 Arbeitsplätze fehlten. Mit der Gründungsoffensive "GO!" haben wir über 400.000 Unternehmensgründungen in den Jahren 1996 bis 1998 ermöglicht. Das brachte rund 800.000 neue Arbeitsplätze. Damit haben wir Ihre Absichten, die Erwartungen, die Sie an uns gerichtet haben, bei weitem übertroffen. Wir sind Spitze!

(Beifall bei der SPD)

Während bundesweit die Zahlen der Existenzgründungen in den letzten drei Jahren nur um 0,6 % gestiegen sind, waren es in Nordrhein-Westfalen immerhin 6,9 %. Wir sind Spitze - erkennen Sie das doch endlich an!

Das sind auch die Erfolge von Wolfgang Clement - diese Orientierung auf Innovation und Mitverantwortung für soziale Existenzen, verbunden mit der Abfederung und Orientierung darauf, daß es den Menschen insgesamt besser gehen soll. Nordrhein-Westfalen setzt darauf, daß diese Politik fortgesetzt werden kann.

Der positive Saldo der NRW-Firmengründungen liegt im Jahre 1999 bei 11.555. Seit Beginn der Gründungsoffensive sind die Förderzusagen der Kreditinstitute für Existenzgründungen um 71 % gestiegen, ist das Fördervolumen um 165 % gewachsen. Wir sind den Sparkassen ausdrücklich dankbar, daß sie ihre mittelstands- und regional-

politische Verantwortung wahrnehmen, daß sie zur Verfügung stehen und Kredite bereitstellen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Ausgleichsbank, der Investitionsbank NRW und der Landesregierung funktioniert und zahlt sich aus. Auch die Kooperation von großen etablierten Unternehmen und neuen Gründern wird von uns gefördert, um den Marktzugang für neue Unternehmen wesentlich zu erleichtern. Und da frage ich: Wo sind bitte die Konzepte der CDU?

(Zurufe von der SPD: Nichts!)

Ich kann ja verstehen, daß Sie keine haben; aber Sie haben auch keine Leute, die das mit Ihnen diskutieren, wie Sie es bei dem Forum zu diesem Thema, das Sie als Teil Ihres Landesparteitages ausgegeben haben, erleben mußten. Wo sind Ihre Konzepte? Sie haben nicht nur keine, sondern können sie auch mit niemandem erörtern.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die zukunftsweisende Politik für Nordrhein-Westfalen mit unserem Ministerpräsidenten Wolfgang Clement ganz konsequent fortsetzen - eine Politik, die Strukturwandel durch Innovation auf allen Gebieten ermöglicht. (D)

Obwohl die finanziellen Spielräume enger geworden sind, haben wir in Nordrhein-Westfalen die wichtigen Ressourcen in der Bildung und Ausbildung einschließlich der akademischen Bildung für die Zukunftssicherung unseres Landes nicht nur nicht vernachlässigt, sondern gefördert.

Innovation auf allen Gebieten bedeutet auch die fortlaufende Verbesserung der Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur. Das sieht man zum Beispiel am Verkehrswesen. Dazu gehören leistungsfähige Flughäfen und die Unterhaltung, der Ausbau und der Neubau von Landesstraßen. Die Haushaltsmittel dafür werden mit dem Haushalt 2000 wieder auf 150 Millionen DM angehoben. Über unsere Erwartungen an den Bund diskutiert die SPD-Fraktion Anfang nächsten Jahres mit dem Bundesverkehrsminister direkt. Wir lassen da nicht locker - zuerst unser Land!

Innovation auf allen Gebieten bedeutet auch eine Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik zum Beispiel durch die Gründungsinitiative und das Wagniskapital. Wir hatten 1998 die besten Gründungszahlen seit 50 Jahren, fast doppelt so hohe wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) Innovation auf allen Gebieten bedeutet die Stärkung des Mittelstandes. So werden zum Beispiel mit dem Haushalt 2000 für die wirtschaftliche Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen 8 Millionen DM zusätzlich bereitgestellt.

Die NRW-Meisterprämie übertrifft alle Erwartungen. Mit jeweils 4.000 DM Förderung sind über 24.000 neue Stellen entstanden.

Meine Damen und Herren, Innovation auf allen Gebieten wird bei uns mit Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit kombiniert.

Deshalb haben wir auch dafür gesorgt, daß Eltern - egal, ob alleinerziehend oder in der Familie - Beruf und Erziehung miteinander vereinbaren können, das, was Herr Meyer jetzt als neue programmatische Aufgabe der CDU entdeckt, wie wir eben hören konnten.

Wir geben mit über 1,7 Milliarden DM soviel Geld wie nie zuvor für die Kindergärten aus. Das neue Kindergartengesetz, das wir gegen den populistischen Widerstand der CDU durchgesetzt haben, sichert die Qualität der Einrichtungen und erhält 52.000 Arbeitsplätze.

- (B) Unser plurales Angebot von Ganztagsbetreuung kann sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht sehen lassen. Mit dem Programm "Schule von 8 bis 1" haben wir erreicht, daß inzwischen rund 85 % aller Grundschulen des Landes mindestens eine Betreuungsgruppe anbieten. 42.000 Kinder nehmen ganztägige Angebote in Schulen und Schulkinderhäusern an. In der Sekundarstufe I besuchen fast 20 % der Schülerinnen und Schüler eine Ganztagschule. Nordrhein-Westfalen verfügt über das dichteste Netz von Ganztagschulen. Dafür geben wir jährlich rund 150 Millionen DM aus.

Ich habe nichts dagegen, daß die CDU jetzt die 50er Jahre hinter sich bekommt, daß sie ihre verstaubte Familienorientierung aufgibt und daß sie jetzt auch mit moderneren Konzepten aufwartet.

(Heidi Berger [SPD]: Aber die ändern sich doch nie!)

Wir haben von Herrn Meyer eben gehört, daß er die Ganztagsorientierung jetzt in den Mittelpunkt der programmatischen Arbeit stellen will. Aber wir haben bei den Konferenzen, die Sie veranstaltet haben, auch gehört, daß Sie noch eine ganze Menge Ballast in Ihren eigenen Reihen an den Hacken haben. Und wie wir eben schon hörten:

Anträge für diesen Bereich stellen Sie nicht - (C)
wenn überhaupt, reden Sie nur darüber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind noch nicht weit genug, aber wir sind Spitze. Eigentlich sollten Sie das einsehen.

(Beifall bei der SPD)

Innovation und Strukturwandel bedeuten für uns nicht die Zerschlagung des Bestehenden. Deshalb haben wir von Nordrhein-Westfalen aus dafür gesorgt, daß die Ökosteuer die Chancen der heimischen Braunkohle im Wettbewerb mit anderen Energieträgern nicht mindert. Wir sind stolz darauf, was wir als Ergebnis zustande gebracht haben, daß nämlich Kraft-Wärme-Kopplung und die Einspeisung an Solarenergie einen wichtigen Fortschritt macht. Das ist gut für unser Land. Das ist ein Erfolg von Wolfgang Clement und Bundeskanzler Gerhard Schröder und ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben damit auch dafür gesorgt, daß kein Zweifel daran besteht, daß die Braunkohle bei uns ihre Existenzberechtigung und Zukunftssicherung hat. Wir haben damit auch die Grundlagen dafür gelegt, daß das Kraftwerkserneuerungsprogramm planvoll durchgeführt werden kann. Wir fordern, daß es in Deutschland auch nach 2005 einen lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbau geben muß, (D)

(Beifall bei der SPD)

nicht, weil wir Romantiker sind - ich habe eben gesagt, daß wir den Strukturwandel planvoll betreiben und begleiten -, sondern weil wir die heimische Kohle und den heimischen Bergbau aus energiepolitischen, aus wirtschaftspolitischen, aus strukturpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt würde ich allerdings gerne die Meinung der CDU dazu hören. Ich finde, in den letzten Monaten sind dazu Rüttgers & Co. merkwürdig still. Sie äußern sich nicht mehr. Aus der CDU hören wir nur den saarländischen Ministerpräsidenten und seinen Wirtschaftsminister, und die reden von einem "Auslaufbergbau". Ist das das Programm der CDU, auch das Programm der CDU in Nordrhein-Westfalen? Schweigen Sie nicht zu solchen Fragen, sondern sagen Sie es endlich:

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) Wir wollen einen leistungsfähigen Steinkohlenbergbau. Wir sind dabei. Wo sind Sie denn bitte?

(Beifall bei der SPD)

Unsere Energiepolitik bleibt auch in Zukunft verlässlich und setzt die richtigen Rahmenbedingungen. Das gilt ganz generell. Unsere Politik in und für Nordrhein-Westfalen ist berechenbar. Unsere Bilanz stimmt. Wir setzen auf brauchbare Schwerpunkte. Nordrhein-Westfalen ist ein großes und ein stolzes Land. Nordrhein-Westfalen hat viele Krisen gemeistert. Wir sind die Fachleute für sozialverträglichen Strukturwandel. Wir haben das in der Vergangenheit gepackt, und wir packen das in der Zukunft auch.

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat ein hohes Ansehen und angestammte Märkte. Die Arbeiter in unserem Lande sind hochqualifiziert und motiviert. Darauf läßt sich aufbauen, und das läßt sich durch stetige Entwicklung der Spitzentechnologien weiterentwickeln.

Selbstverständlich dürfen wir in dieser Entwicklung nicht haltmachen, sondern müssen weiter dafür sorgen, daß neue Märkte in Nordrhein-Westfalen und anderswo erschlossen werden, vor allem in der Informationstechnik, der Biotechnologie und dem Zukunftsmarkt der Massenkommunikationstechnologien. Wir sind gut, wir sind Spitze, aber wir müssen noch besser werden. Es müssen neue Konzepte zur schnelleren Kopplung von Zukunftstechnologien mit den vorhandenen technisch-wirtschaftlichen Stärken entwickelt werden.

Die internationale Wissensproduktion, insbesondere die europäische, muß noch besser und noch schneller genutzt werden. Die Forschungslandschaft muß sich noch schneller verändern, es muß noch mehr fachübergreifend geforscht werden. Wir brauchen mehr praxisorientiertes Forschungsmanagement und gezieltere Forschungsförderung und einen direkteren Übergang zur praktischen Anwendung.

Schließlich muß die Forschungstechnologiepolitik international werden durch die Unterstützung länderübergreifender Projekte, durch gezielt geförderte Mobilität von Wissenschaftlern und Studenten und durch noch mehr Unterstützung internationaler Engagements.

Sprachkompetenz für unsere Studenten ist erforderlich. Sie müssen hier und in anderen Ländern wirkungsvoll arbeiten können.

Unsere Politik wird den neuen Herausforderungen unter sich ändernden Rahmenbedingungen gerecht. Wir wollen mehr Erwerbsarbeit schaffen, die erheblich größere Nachfrage nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche befriedigen. Wir wollen die Qualität der schulischen Bildung sichern und ausbauen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für jede und für jeden wahren. (C)

Das bleiben, meine Damen und Herren, die zentralen Schwerpunkte unserer Politik. Diese Schwerpunkte ziehen sich wie ein roter Faden durch den Haushalt 2000, den wir heute beschließen, einen Haushalt, der eine leistungsstarke, eine wirkungsvolle Legislaturperiode abschließt und eine gute Grundlage dafür gibt, daß nach dem 14. Mai wir auch weiterhin die Politik unseres Landes bestimmen können. Glück auf für unser Land!

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollegin Löhrmann das Wort.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wo ist denn die GRÜNE-Fraktion?) (D)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige Worte an die Adresse des Oppositionsführers Meyer. Wenn ich mich recht erinnere, Herr Meyer, sind Sie jetzt ein knappes Jahr im Amt. Ein Jahr lang müssen wir nun schon Ihre Reden, die offensichtlich unter dem Motto "Knüppel aus dem Sack" stehen, über uns ergehen lassen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit liefern Sie uns Belege en masse, daß eine differenzierte Betrachtungsweise nicht Ihr Ding ist - so auch heute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben es spielend geschafft, auch die dritte Lesung des Haushalts, traditionell die Stunde der Opposition, zu vergeigen; denn das, was Sie uns heute hier abgeliefert haben, war alles andere als eine Sternstunde.

(Heinz Hardt [CDU]: Das haben Sie schon vorher gewußt!)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Ich gebe zu: Sie haben es als Platzhalter wirklich nicht einfach. Der wahre Oppositionsführer ohne Mandat scharrt schon mit den Hufen. Für Sie, Herr Meyer, ist dieser Umstand sicherlich kein Zuckerschlecken. Was tut ein gestandener Mann, der in einer solchen Situation den Beweis erbringen will, der richtige am richtigen Platz zu sein? Er läßt das Florett links liegen, schnappt sich den Säbel und schlägt um sich. So ist das immer, wenn sich Platzhirsche ins Gehege kommen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Der andere Hirsch, CDU-Chef Rüttgers, wurde in der vergangenen Woche von dpa mit dem schönen Satz zitiert: "Am Ende des Jahrhunderts ist es gut, wenn man da ist, wo es Glück gibt."

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wenn sich das schon die eigenen Leute nicht anhören können!)

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer möchte das nicht: da sein, wo es Glück gibt? Danach streben wir doch alle - in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland, in der ganzen Welt. Also ging Herr Rüttgers dahin, wo er das Glück vermutete: zur Freisprechung von Schornsteinfegern. Allerdings ließ Herr Rüttgers dafür eine Sitzung des CDU-Bundesvorstands zur Spendenaffäre ausfallen.

(B)

Das wiederum ist Pech für unser Land; denn er könnte sicher einiges zur dringend notwendigen Aufklärung des CDU-Spendensumpfes beitragen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers war schließlich als sogenannter Zukunftsminister nahe genug an Kohl dran, um nun einen Beitrag dazu leisten zu können. Als Kohls Lieblingsminister galt er übrigens auch.

So entlarvt dieses scheinbar harmlose Sätzlein den Spitzenkandidaten der CDU als Glücksritter, der seiner Verantwortung für unser Land und seine politische Kultur nicht gerecht wird.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich kann dazu nur sagen: So einer hat uns hier gerade noch gefehlt!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Edgar Moron [SPD]: Der ist doch dauernd in Berlin und kaum hier!)

Warum, frage ich mich, sollte ausgerechnet der gescheiterte sogenannte Zukunftsminister der Regierung Kohl in NRW eine Zukunft haben?

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Da ja bekanntlich minus mal minus nur in der Mathematik plus ergibt, helfen uns die Herren Meyer und Rüttgers auch im Duo nicht weiter - und dem Land schon gar nicht.

(Edgar Moron [SPD]: Läßt sich von der BEA sponsern!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hätte 1995 bei der Begründung der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen gedacht, daß wir heute hier gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in Folge den fünften Haushalt beschließen würden, noch dazu den Haushalt für das Millennium-jahr 2000! Wer hätte das anlässlich der Strategie der mit absoluten Mehrheiten verwöhnten SPD gedacht, die zunächst an einen Betriebsunfall glaubte und meinte, auf Konfrontation statt auf Kooperation setzen zu müssen? Ich erinnere mich noch gut an die starken Worte einiger führender Sozialdemokraten, man müsse mit den GRÜNEN nur entsprechend umspringen, um wieder eine eigene Mehrheit zu erreichen. Doch in den letzten beiden Jahren hat sich offenbar ein Sinneswandel vollzogen. Nun haben auch die Sozis begriffen, daß es geht und daß es auch etwas mit dem eigenen Verhalten zu tun hat, ob es geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gewisse Rückfälle - so wissen wir aus unterschiedlichen Feldversuchen - sind auch bei grundsätzlich richtiger Richtung nicht immer auszuschließen. Ja, liebe Genossinnen und Genossen, es ist mittlerweile gut, aber es kann auch noch besser werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich haben auch wir GRÜNEN in diesen knapp fünf Jahren viel gelernt - daß die öffentliche Auseinandersetzung nur hilft, wenn eine gewisse gesellschaftliche Unterstützung zu erwarten ist, daß Verhandlungen über die Öffentlichkeit dem politischen Gegner - manchmal scheint das ja auch der Partner zu sein - dienen, erst recht, wenn die Essentials zur Debatte stehen, daß Beharrlichkeit und langer Atem ebenso wie Geschlossenheit eher zum Ziel führen als Knackpunkt-Strategien und interne Auseinandersetzungen.

Grundsätzlich sind wir aber stolz darauf, die Partei zu sein, die sich nicht vor öffentlichen Debatten um gesellschaftliche Konflikte und Fragestellungen scheut. Das ist nämlich notwendig für

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) eine vielfältige und lebendige Partei und auch für unsere Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere hier nur an unsere schmerzhaft Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Krieg im Kosovo, die wir als einzige Partei umfassend und in aller Öffentlichkeit geführt haben. Gerade die aktuelle Debatte um den Ausstieg aus der Atomkraft zeigt doch, daß gerade wir den Wunsch vieler Menschen in diesem Land in praktische Politik umsetzen: Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie des Atomausstiegs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wer, wenn nicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, muß hier den Takt angeben? Wir dürfen nicht nur über Jahreszahlen und juristische Klauseln sprechen, sondern wir müssen auch über das Ziel und seine Begründung sprechen. Bei dem Prozeß brauchen wir auch den kritischen Dialog mit den Bürgerinitiativen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Wie in Nordrhein-Westfalen gab es auch in Berlin Startprobleme. Allmählich hat aber die neue Regierung Tritt gefaßt, und die Ergebnisse des ersten Jahres können sich nach der bleiernen Kohl-Zeit durchaus sehen lassen. Auch wenn es manchmal nervig, aufreibend und stressig war und ist mit den vielen Berliner rot-grünen Diskussionen - endlich gibt es aber wieder gesellschaftliche Auseinandersetzungen über Reformpolitik, endlich wird wieder diskutiert, welcher Weg der richtige ist, ob in der Gesundheitspolitik oder beim Zukunftsprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorher herrschte Stillstand. Man wußte, es ändert sich sowieso nichts mehr an Kohls Politik.

Auch wenn das Zukunfts- und Sparprogramm an der einen oder anderen Stelle berechnete Kritik hervorgerufen hat, so dürfte der grundsätzliche Weg doch hoffentlich unstrittig sein. Wer die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten will, wer Generationengerechtigkeit und nachhaltige Finanzpolitik ernst meint, der kann sich der Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau nicht verschließen. Allerdings muß es auch an einem solchen Vorhaben - darauf lege ich großen Wert - Korrekturmöglichkeiten geben. Es kann nicht heißen: Vogel, friß oder stirb!

Ich begrüße ausdrücklich, daß es meiner Kollegin Kerstin Müller in dieser Woche im Bundestag gelungen ist, die von den GRÜNEN durchgesetzte Nachbesserung des erhöhten Kindergeldes auch für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger durch den Vermittlungsausschuß zu retten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich auch betonen: Es bleibt unser Ziel, den solidarischen Beitrag der Reichen an der Konsolidierung der Staatsfinanzen, an der ökologischen Umgestaltung unserer Gesellschaft und an der sozialen Sicherung einzufordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vom Grundsatz her machen also unsere Freundinnen und Freunde in Berlin bei ihrer Regierungsarbeit eine ähnliche Entwicklung durch wie wir in NRW.

Ich bin froh darüber, daß nicht nur wir in der Fraktion, sondern auch unser Landesverband diesen Lern- und Entwicklungsprozeß aktiv begleitet und mitvollzogen hat. Er hat dies in teils heftigen Auseinandersetzungen getan, aber im Ergebnis unser Handeln immer kritisch und mit zunehmender Akzeptanz getragen.

Selbst beim schärfsten Konflikt im Zusammenhang mit Garzweiler II hat uns die Partei mit der weiteren Regierungsarbeit und -verantwortung beauftragt. Sie wissen ja: Auch in dieser Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Wirtschaftlichkeit des Projekts steht auf dem Prüfstand - wegen der Liberalisierung der Energiemärkte, wegen der hohen Auflagen und so weiter und so fort.

Unsere Landespartei hat uns also in den entscheidenden Momenten immer gestützt. Sie hat frühzeitig erkannt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Die überzeugenden und positiven Ergebnisse unserer Arbeit geben ihr recht. Mit dieser Bilanz gehen wir selbstbewußt in das nächste Jahr und stellen uns unseren Wählerinnen und Wählern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher: Letztlich setzt sich Qualität durch, letztlich honorieren die Wählerinnen und Wähler offene, ehrliche und vorausschauende Politik. Da stehen wir in einem besonders guten Licht, denn wir GRÜNEN lassen uns bei unserer politischen Arbeit vom Grundelement der Ganzheitlichkeit leiten. Damit unterscheiden wir uns fundamental vom Rest dieses Hauses.

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann (GRÜNE))

- (A) Wenn wir von Wirtschaftspolitik reden, haben wir immer die Ökologie im Kopf. Wenn wir wirtschaftspolitisch gestalten, legen wir Wert darauf, daß Frauen gleichberechtigt an den Prozessen teilhaben und zum Zuge kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir buchstabieren Wirtschaftspolitik mit den Oberbegriffen der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Lassen Sie mich dies an einigen Politikfeldern deutlich machen.

Mit Beginn der rot-grünen Koalition hat es in Nordrhein-Westfalen zwar keine wirtschaftspolitische Revolution, aber doch erhebliche Fortschritte gegeben. Kleine und mittlere Unternehmen wurden durch die neue rot-grüne Regierung deutlich aufgewertet. Wir GRÜNE haben uns für die kleinen und mittleren Unternehmen stark gemacht, weil sie mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, oft eine größere Innovationsfähigkeit beweisen und weil sie gegenüber Großunternehmen in vielfacher Hinsicht benachteiligt waren und leider immer noch sind. Wir haben mit der Koalition in den letzten Jahren eine erhebliche Vereinfachung des Beantragungsverfahrens für Wirtschaftsförderungsmittel erreicht. Wir GRÜNE haben Druck gemacht, um den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zum Beteiligungskapital zu verbessern. Wir haben uns für die Verbesserung des Instrumentariums zur Unterstützung von Firmen in der Gründungsphase eingesetzt und dafür eine Reihe von Vorschlägen mit dem Koalitionspartner und dem Wirtschaftsministerium erarbeitet.

(B)

Die vom damaligen Wirtschaftsminister Clement gestartete Gründungsoffensive GO konnte das Gründungsklima in NRW bundesweit in vorbildlicher Weise verbessern und neue, effektivere Beratung und Unterstützung in der schwierigen Gründungsphase anbieten. Die dafür erarbeitete Werbekampagne wandte sich ausdrücklich ebenso an Frauen wie an Männer.

Um die spezifischen Bedingungen von Frauen besser zu berücksichtigen, haben wir GRÜNE zusätzliche Finanzmittel für ein Gründerinnenprogramm mit verbesserten Bedingungen und die Landesinitiative "Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" durchgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher ist es kein Zufall, daß in NRW überproportional viele Unternehmen von Frauen gegründet

wurden. Insgesamt ist die Gründungsoffensive GO erfolgreich. Nach Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung entstanden in Nordrhein-Westfalen mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze. Nordrhein-Westfalen gehört zu den wenigen Bundesländern mit einem positiven Gründungssaldo. Das muß einmal so deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Überzeugung, daß Ökologie und Ökonomie zusammengehören und nicht gegeneinander ausgespielt und aufgerechnet dürfen, wenn Schaden für die Wirtschaft vermieden werden soll, haben wir GRÜNE uns in der Wirtschaftspolitik immer wieder für eine Durchsetzung ökologischer Gesichtspunkte stark gemacht. Umwelt und Arbeit können nur zusammen erfolgreich sein. Eine vernünftige Umweltpolitik ist kein Jobkiller, sondern ein Jobknüller.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Konzepte der Verzahnung von Ökonomie und Ökologie haben wir in der Landesregierung auf verschiedenen Feldern umgesetzt. Gerade in unseren grünen Ministerien gibt es große Fortschritte. Ich nenne hier nur das REN-Programm mit zahlreichen Maßnahmen zur Energie- und Ressourceneinsparung, die der grüne Bauminister Michael Vesper umgesetzt hat, sowie das mehrere 100 Millionen umfassende Programm für wasserwirtschaftliche Investitionen und die Gründung der Duisburger Effizienzagentur, die wir unserer grünen Umweltministerin Bärbel Höhn zu verdanken haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider steht das Wirtschaftsministerium vielen unserer Ideen noch viel zu skeptisch gegenüber. In ökologischer Hinsicht verhält es sich nach unserer Meinung noch viel zuwenig innovativ. Wir sind aber zuversichtlich, Herr Steinbrück, daß sich dies in der nächsten Legislaturperiode ändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als sehr erfreuliches Signal und Symbol für die Zukunft sehen wir die Errichtung der Solarfabrik in Gelsenkirchen, die vom Wirtschaftsministerium und vom Ministerpräsidenten mit voller Unterstützung unterstützt wurde. Weiter so, Kollege Steinbrück, weiter so, meine Herren.

Wir dürfen aber Wirtschaftspolitik nicht isoliert betrachten, sondern müssen an die denken, die

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) aus dem Arbeitsprozeß - warum auch immer - herausgefallen sind. Wir GRÜNE haben hier mit relativ bescheidenen Mitteln Alternativen angeregt. Seit 1997 besteht die Landesförderung für soziale Wirtschaftsbetriebe. In Anlehnung an ein zuvor in Niedersachsen durchgeführtes Programm hat sich die GRÜNE-Landtagsfraktion von Beginn an für ein ähnlich angelegtes Konzept auch in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Dabei sollen neu gegründete Betriebe mit Landesmitteln gefördert werden, die zumindest 40 % Langzeitarbeitslose und weitere 30 % aus anderen am Arbeitsmarkt beteiligten Gruppen beschäftigen. Bislang konnten 32 Betriebe mit insgesamt 284 Arbeitsplätzen gegründet werden. Davon entfallen 72 % der Arbeitsplätze auf Personen aus den geförderten Zielgruppen. Die Branchen und Geschäftszweige, in denen die sozialen Betriebe tätig sind, umfassen überwiegend die Bereiche Haushalt und soziale Dienstleistungen, Kurierdienste, EDV- und mediengestützte Dienstleistungen, Baugewerbe, Garten- und Landschaftsbau sowie Beratungsarbeit im Bereich Umwelt und Sport. Im Vergleich zu anderen Existenzgründungsfirmen können sich die sozialen Wirtschaftsbetriebe am Markt recht gut behaupten.

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Debatte zum Umwelthaushalt haben wir hier die absurde Situation erlebt, daß die ideenlose Opposition uns und unserer Umweltministerin vorwirft, daß wir neue Ideen haben und neue Wege gehen. Doch wie, wenn nicht mit neuen Ideen und neuen Wegen, eröffnen wir der Umweltpolitik unserem Land eine neue Perspektive? - Diese Perspektive ist notwendiger denn je, auch wenn man manche meinen, Umweltpolitik sei in Zeiten mit wirtschaftlichen Problemen vernachlässigbar. Wir meinen das nicht. Die aktuellen Berichte der Vereinten Nationen, der Bericht der Europäischen Umweltagentur oder der Klimabericht zeigen: Global betrachtet verschärfen sich die Probleme. Erfolge in Teilbereichen werden durch negative Entwicklungen in anderen Bereichen konterkariert. Deshalb steht die notwendige umfassende ökologische Erneuerung aller Teilbereiche von Wirtschaft und Gesellschaft auch erst am Anfang.

Zentrales Anliegen - das ist unser Konzept - ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Vorsorge ist besser als Nachsorge. Das sagt doch auch der Zahnarzt, wie Sie wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Aber bei dem tut es weh!)

Zu den größten Erfolgen der vergangenen Jahre in diesem Bereich zählen Ressourceneffizienz, Energieeinsparung und Recycling.

Auch die Abfallpolitik hat mit der Entscheidung weg vom Ausbau der Müllverbrennung alte Trampelpfade verlassen. Der vor einigen Wochen vorgelegte Statusbericht zur Abfallpolitik im Lande zeigt, daß wir auf dem richtigen, zukunftsweisen Weg sind.

Als weiteres Stichwort nenne ich die Initiative "Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft" in NRW - eine beispiellose Erfolgsstory für Arbeit und Umwelt.

Um ein klassisches, urgrünes Thema anzusprechen: Naturschutz. Wir konnten den Naturschutz von nennenswerten Einsparungen ausnehmen. Allein für das Jahr 2000 werden knapp 10 Millionen DM für die Aufstellung und Umsetzung von Landschaftsplänen wie auch für Verträge mit projektgeförderten biologischen Stationen neu eingestellt. Durch die äußerst zügige Umsetzung der EU-Verordnung "Ländlicher Raum" auf Landesebene konnten für den gesamten Bereich Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft 25 % mehr Mittel als bisher mobilisiert werden.

Oder nehmen wir die Energiepolitik! So ist NRW derzeit beim Ausbau der Solarenergie führend. Das Land NRW hat im vergangenen Jahr mehr Photovoltaikanlagen gefördert als alle anderen Bundesländer zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von 1995 bis 1999 hat sich die Zahl der geförderten Photovoltaikanlagen verfünffacht. In Solar-Valley Gelsenkirchen, der schon genannten Solarfabrik, werden zukünftig Solarzellen mit einer Gesamtkapazität von 25 Megawatt produziert, wobei ein Teil der Produktion ins Ausland geliefert werden soll.

Über das REN-Programm des GRÜNEN-Baumini-
sters sind nicht nur Photovoltaikanlagen, sondern auch Solarthermie-, Wind-, Wasser- und Biomasseanlagen gefördert worden. Mit einer jährlichen Summe von über 50 Millionen DM ist es eines der größten Breitenförderungsprogramme in Deutschland. Bei dem Ausbau der Windkraft rangiert NRW unter den Binnenländern inzwischen auf Platz eins der Ausstellungshitparade. Wir reden nicht nur von Energiewende, wir machen sie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Und die Windkraftbranchen mit bundesweit ca. 10.000 Arbeitsplätzen beweisen auch hier: Die Energiewende schafft Arbeitsplätze. So sieht zukunftsfähige Reformpolitik aus, so muß es sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir alles zusammen nehmen, haben wir als rote und grüne Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der Landesregierung ein ressortübergreifendes, ökologisches Investitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" von insgesamt rund 13 Milliarden DM zustande gebracht. Das hat kein anderes Bundesland aufzuweisen - Bayern nicht, Baden-Württemberg nicht und andere auch nicht.

Hier freuen wir uns über den neuerlichen politischen Rückenwind aus Berlin. Die ökologische Steuerreform mit ihren vielen Details stützt diesen Kurs und wird ihn noch verstärken. Wir haben darüber in der Sondersitzung des Landtags ausführlich gesprochen - die Sitzung, die für die CDU so schön zum Eigentor wurde; denn in der Debatte hat sich gezeigt, wie schwach die CDU auf diesem Gebiet ist.

(Heinz Hunger [SPD]: Nicht nur da!)

- (B) Nicht nur das: Die CDU ist auch scheinheilig. Stand und steht die CDU, aber auch die FDP, bei dem notwendigen Strukturwandel immer für einen Wandel im Sturzflug, mutierte die CDU in der Ökosteuerebbeatte zum Kumpel der Kumpels. Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, meine Damen und Herren von der CDU, daß die Menschen dies nicht merken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten SPD)

Wir haben gemeinsam mit der SPD für den Steinkohlekomproiß gegen die CDU und die FDP in Bonn gekämpft. Die Sozialverträglichkeit des Wandels muß gewährleistet werden. Damit stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Politik der Ehrlichkeit gegenüber den Bergleuten und ihren Familien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die ökologische Steuerreform ist ein wichtiges, wenn nicht das entscheidende Instrument, den Strukturwandel in NRW zu steuern. Das ist gut für die Umwelt und gut für die Arbeit.

Ein weitaus sensibleres, weil nicht streitfreies Thema unserer gemeinsamen Regierungszeit war und ist die Verkehrspolitik. Das spiegelte sich auch immer in den Haushaltsberatungen wider.

(C) Als magische Zahl hatten wir dabei immer die berühmten 150 Millionen DM für den Neubau von Landesstraßen: uns zuviel, der SPD zuwenig. Mehr war es nie, einmal sogar weniger.

Ich möchte aber dieses Thema vertiefend und grundsätzlicher angehen. Wir stehen für eine zukunftsfähige, nachhaltige und vernetzte Verkehrspolitik. Wir akzeptieren sehr wohl die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung, aber unser Hauptaugenmerk gilt dem Ausbau von Alternativen; denn die einfache Gleichung "mehr Straßen gleich weniger Staus" geht nicht auf.

Wir in NRW setzen auf den Ausbau des ÖPNV. Erstmals seit fast 20 Jahren liegt jetzt ein ÖPNV-Bedarfsplan vor. Mit dieser Grundlage kann das Geld - und wir geben sehr viel Geld investiv aus - zielgerichtet und sinnvoll ausgegeben werden, und zwar nicht nur in U-Bahn-Tunnels, in den Großstädten, sondern vor allem kann es endlich in die lange vernachlässigten ländlichen Regionen fließen. Dort wird wieder eine bessere Infrastruktur geschaffen, und Bahnstrecken können endlich modernisiert und ausgebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Der riesige Nachhol- und Modernisierungsbedarf der Bahn wird nur mit einem Milliardeninvestitionsprogramm Schritt für Schritt angegangen. Wir haben in NRW eine Trendwende für Bus und Bahn eingeleitet. Sie werden heute mit 3,6 Milliarden DM pro Jahr besser vom Land gefördert als jemals zuvor. Mit einer Änderung des Regionalisierungsgesetzes wurden 1,2 Milliarden DM pro Jahr für den Schienenverkehr gesichert und damit weitere Streckenstilllegungen verhindert. Mit dem integralen Taktfahrplan wurde seit 1998 das Zugangebot um ca. 12 % ausgeweitet. Auf vielen Verbindungen wurden Reisezeiten und Anschlüsse verkürzt. Die Förderung moderner und behindertenfreundlicher Fahrzeuge wurde mit ca. 200 Millionen DM pro Jahr erheblich aufgestockt. Mit dem Landesprogramm zur Modernisierung der Bahnhöfe und Haltepunkte setzen wir neue Impulse für die Stadtentwicklung und Verbesserung des Bahnhofsumfeldes. Die Einrichtung von etwa hundert Fahrradstationen an den Bahnhöfen ist ein wichtiger Baustein zur Verknüpfung der beiden umweltfreundlichsten Verkehrsmittel Bahn und Fahrrad. Und bei allen diesen Maßnahmen zeigt sich wiederum: Sie schaffen Arbeit in zukunftsfähigen Bereichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Hier gilt: Viel Geld ist wichtig, aber gute Ideen sind unbezahlbar.

(Beifall der Ute Koczy [GRÜNE])

Aber auch diesen Bereich muß man ganzheitlich sehen und die Frage beleuchten: Was sind die Folgen des zunehmenden Verkehrs? Wer wie wir zukunftsfähige Politik gestalten will, muß gerade in der Verkehrspolitik jenseits der Frage der Mobilität auch andere Aspekte in den Blick nehmen: Lärmbelästigung, gesundheitliche Folgen, unverantwortlicher Flächenverbrauch, Beeinträchtigung des Wohnumfeldes, auch und gerade von Kindern. Da mutet es geradezu stümperhaft an, wenn die CDU mit ihrem Herrn Rüttgers darüber diskutieren will, wie das Land kinderfreundlich wird, diese Kinderfreundlichkeit aber bei der Verkehrspolitik völlig ausblendet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer wie wir die Belange von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich betrachten und gestalten will, darf nicht nur die Kindergärten, den Spielplatz und die Familie in den Blick nehmen, sondern muß auch das Wohnumfeld, die Zeit, die Freiheit von Konsum, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen beachten.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere in dem Zusammenhang daran, daß die CDU hier im Hause die Senkung des Wahlalters auf 16 für die Kommunalwahlen abgelehnt hat. Und Herr Rüttgers drohte sogar, dieses Wahlrecht wieder rückgängig zu machen, wenn sie, die Jugendlichen, nicht ordentlich mitmachen. Ja, wo gibt es denn so was? Was ist denn das für ein Jugend- und Demokratieverständnis?

(Beifall bei den GRÜNEN und des Bernd Flessenkemper [SPD])

Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik haben wir den schwierigen Prozeß der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes geschultert. Auch hier hat die CDU ein verlogenes Spiel betrieben: Im Lande herumziehen und meckern, so tun als hätte Rot-Grün diesen Konflikt heraufbeschworen und nicht die maßgeblichen Trägerverbände, die katholische Kirche allen voran!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier im Landtag keine Alternative auf den Tisch legen und jetzt von Rüttgers erklären lassen, daß man so etwas natürlich auch nicht alles rückgän-

gig machen könne! Nein, diese Opposition ist keine Alternative, sie hat keine Alternativen und sie ist vor allen Dingen nicht in der Lage, gesamtverantwortlich Probleme zu lösen.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bilanz der von uns getragenen rot-grünen Regierung beim Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten kann sich allerdings sehen lassen. Seit 1999 gilt der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit einer Quote mit 93 % als erfüllt. In einer ehrgeizigen Aufholjagd gelang es Land, Kommunen und freien Trägern, die nötigen Plätze für Kinder ab drei Jahren bis zur Schulzeit zu finanzieren. Inzwischen stehen im Landeshaushalt 1,2 Milliarden DM für 550.000 Kindergartenplätze zur Verfügung. Für Hortplätze sind es 110 Millionen DM und für Plätze für Kinder unter drei Jahren 94 Millionen DM.

Die verlässliche Halbtagsbetreuung an Grundschulen wurde fast flächendeckend etabliert. Ab 2000 können zusätzlich zweite Gruppen eröffnet werden, und etwa jedes sechste Schulkind zwischen 6 und 16 Jahren kann eine Betreuungsmöglichkeit finden, die vom Land gefördert wird.

Das ist Politik mit Hand und Fuß, die die Lebensbedingungen im Land positiv beeinflusst. Das spüren die Frauen und Männer in diesem Lande jeden Tag.

(D)

Die Grundlage zu schaffen, damit Kinder und Jugendliche umfassend und ganzheitlich auf die Zukunft vorbereitet werden können, ist eine zentrale Aufgabe von Politik und, wie ich finde, auch eine der schönsten Aufgaben von Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit kommt der Bildungspolitik gerade in unserer Informations- und Wissensgesellschaft eine hohe Priorität zu. Darüber hinaus muß sie den Grundstein legen für soziale Chancengleichheit und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen.

Die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen einschließlich der Fähigkeit zu lebenslangem Lernen und Medienkompetenz werden neben der Vermittlung von fachlichen Kenntnissen und Fertigkeiten immer wichtiger. Wir wollen Kinder und Jugendliche in unseren Schulen umfassend qualifizieren. Sie sollen gefordert und gefördert werden. Sie sollen kulturell und politisch gebildet, aber auch emotional und motorisch entwickelt werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Die Herausforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer sind in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen, und wir können ihre Leistungen in den Schulen nicht hoch genug schätzen. Wir GRÜNE wissen auch, daß wir ihnen in dieser Regierungszeit einiges abverlangt und zugemutet haben.

Um so erfreuter sind wir über die Ergebnisse, die wir im Schulbereich in den diesjährigen Haushaltsberatungen erzielen konnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir gehen damit weit über das im Koalitionsvertrag Vereinbarte hinaus; und das ist gut so. Wir freuen uns, daß unser Koalitionspartner hier so lernfähig war. Die Kinder und Eltern werden es uns gemeinsam danken, und es spielt keine Rolle, daß sie es vielleicht einem bestimmten Ereignis im kommenden Jahr zu verdanken haben. Wichtig sind für sie zu Recht nur die Ergebnisse.

Wir können mit der Vielzahl zusätzlicher Maßnahmen den vielbeklagten Unterrichtsausfall deutlich reduzieren. Das hat die CDU offenbar noch gar nicht mitbekommen. Wir haben das Programm "Geld statt Stellen" auf jetzt insgesamt 270 Millionen DM verdoppelt, wir haben einen Vertretungspool für die Grundschulen eingerichtet und kurzfristig mit 800 Lehrkräften besetzt. Und wir haben zur Verbesserung der allgemeinen Unterrichtsversorgung in allen Schulformen im Nachtragshaushalt 1999 und im Haushalt 2000 insgesamt 2.000 zusätzliche Stellen geschaffen, die im zweiten Schulhalbjahr, also zum 1. Februar 2000, besetzt werden können.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das müssen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, uns erst einmal nachmachen, und das müssen Sie vor allem erst einmal seriös finanzieren.

Daß im übrigen auch die CDU ihre Forderungen am schon genannten Datum im nächsten Jahr ausrichtet, sei hier nur am Rande erwähnt. Im letzten Jahr sah das Schulprogramm der Opposition noch ganz anders aus. Erst als unsere Beschlüsse bekannt wurden, haben Sie noch eine Schippe draufgelegt.

Eine gute Schule beschränkt sich nicht auf Unterricht. Sie ist Lernort, und sie ist für viele Kinder und Jugendliche ein Stück Zuhause. Darum ist der Ausbau der Betreuungs- und Ganztagsangebote an den Schulen so wichtig. Hier ist Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit den ande-

ren Bundesländern Spitzenreiter geworden. Fast 20 % aller Schulen in Nordrhein-Westfalen sind Ganztagschulen. An den Grundschulen haben wir in den letzten Jahren mit dem Programm "Schule von 8 bis 1" ein flächendeckendes Betreuungsangebot auf die Beine gestellt. Erfreulicherweise ergänzen die Kommunen unseres Landes diesen wichtigen Baustein teilweise mit Eigenmitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ab 2000 steigt Nordrhein-Westfalen mit 16 Millionen DM auch in die Nachmittagsbetreuung für zehn- bis sechzehnjährige Schülerinnen und Schüler mit Schwerpunkt an Haupt- und Sonderschulen, aber auch an Realschulen und Gymnasien ein. Diese Betreuungs- und Ganztagsangebote, die zusätzlich zum Ganztagsunterricht bereitgestellt werden, werden in den kommenden Jahren entsprechend dem wachsenden Bedarf weiter ausgebaut. Dafür stellt das Land bereits jetzt insgesamt 170 Millionen DM zur Verfügung.

Mit diesen Maßnahmen leistet das Land auch einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Frage, die sich ja bekanntermaßen in erster Linie für Frauen stellt.

Für die Modernisierung der Schulen stellt das Land den Kommunen im kommenden Jahr 55 Millionen DM und zusätzlich weitere 65 Millionen DM für die Ausstattung und das Lernen mit neuen Medien zur Verfügung. Diese Investitionen werden durch ein entsprechendes Fortbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrern begleitet. Hier gilt es wie in anderen Politikfeldern auch, die gleichberechtigte Teilhabe der Kolleginnen und die Förderung von Mädchen durch spezifische Programme und Zugangsmöglichkeiten sicherzustellen.

Die Hochschulen unseres Landes stehen in einem schwierigen Entwicklungsprozeß und mit ihnen die Politik in und vor schwierigen Entscheidungen. Dies gilt für die laufende wie für die folgende Legislaturperiode. Mit dem Qualitätspakt werden den Hochschulen trotz einer gewissen Besserstellung im Vergleich zu anderen Ressorts finanzielle Einbußen zugemutet und Strukturveränderungen abverlangt.

Dieser Prozeß wird andererseits durch den Innovationsfonds auch mit einem finanziellen Anreizsystem verbunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Aus unserer Sicht kann sich aber Innovation nicht nur im naturwissenschaftlich-technischen Bereich abspielen, sondern ausdrücklich auch in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Innovation braucht auch Menschen, also Mittel für projektbezogenes Personal und nicht nur für Großgeräte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil Umgestaltungs- und Erneuerungsprozesse zwar nötig sind, aber auch immer mit großen Irritationen und Verunsicherungen verbunden sind, besonders wenn finanzielle Umschichtungen oder Kürzungen drohen, bedarf es besonderer Sensibilität. Davon, daß BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN den Qualitätspakt bejubeln, kann keine Rede sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden diesen Prozeß weiterhin sehr kritisch begleiten und setzen auf die Kompetenz des Expertenrats. Bevor hier nicht erste Ergebnisse politisch bewertet worden sind, dürfen finanz- und personalpolitische Einschnitte nicht vollzogen werden.

Diese Erwartung an das Ministerium findet sich ebenso im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen wie die Betonung des Erhalts der frauenpolitischen Instrumente in unserer Hochschullandschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hatte kürzlich persönlich die Gelegenheit, die Arbeit des "Netzwerks Frauenforschung" kennenzulernen. Sie hat weit über unser Land hinaus Renommee erworben.

Das neue Landesgleichstellungsgesetz will auch der bitter nötigen Frauenförderung an den Hochschulen zu mehr Wirkung verhelfen. Strukturelle Maßnahmen und finanzielle Förderungen und Anreize müssen auch hier systematisch ineinandergreifen. Das gilt sowohl für die Arbeit der Gleichstellungsstellen als auch für das Instrument der Frauenförderung als Vergabekriterium von Finanzmitteln für die Hochschulen.

Qualität der Lehre sowie Forschungsförderung in Zukunftsfeldern der gesellschaftlichen Entwicklung sind weitere Herausforderungen für unsere Hochschulen auf der Schwelle ins nächste Jahrtausend.

Die Zukunft unserer Gesellschaft ist nicht denkbar ohne die aktive Gestaltung der Integration von

Migrantinnen und Migranten. Ein neues Staatsangehörigkeitsrecht war längst überfällig. Denn Politik darf nicht die Augen vor der gesellschaftlichen Realität verschließen, und Fakt ist, ob es der CDU paßt oder nicht, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist.

In Nordrhein-Westfalen leben rund 1,2 Millionen Menschen ausländischer Herkunft bereits länger als acht Jahre. Diese Menschen haben nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht, das am 1. Januar 2000, also in wenigen Tagen, in Kraft tritt, einen Einbürgerungsanspruch. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht trägt den gesellschaftlichen Entwicklungen endlich Rechnung, auch wenn wir es uns sehr viel deutlicher gewünscht hätten; aber der Anfang ist gemacht, und die neue rot-grüne Bundesregierung hat dieses Vorhaben sehr zügig angepackt.

Das vordringliche Ziel ist und bleibt die Integration. Gerade die Integration ausländischer Kinder kann nur durch eine konsequente Gleichstellung erfolgen. Wer hier geboren ist, ist hier zu Hause.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier hat Nordrhein-Westfalen durch die grüne Regierungsbeteiligung neuen Schwung bekommen und sich mit dem Migrationsausschuß und dem Zentrum für Zuwanderung in Solingen an die Spitze aller Bundesländer gestellt.

(Willi Zylajew [CDU]: Ach ja?)

Querschnittpolitik mit dem Ziel der Berücksichtigung der Belange von Migrantinnen und Migranten in allen Politikfeldern ist auch hier angesagt: vom Kindergarten über die Schulen bis hin zur Altenpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daß gerade dem Bildungsbereich eine Schlüsselrolle zukommt, versteht sich von selbst. Hier werden die Grundlagen für Chancengleichheit gelegt, hier findet interkulturelles Lernen statt. Systematische Arbeit leisten in diesem Bereich die 27 regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Sie bilden inzwischen eine breite regionale Struktur. Hier wird Schullaufbahnberatung und Unterstützung beim Übergang von der Schule zum Beruf geleistet. Eine Landesinitiative "Gleiche Qualifizierungschancen für Jugendliche aus Zuwandererfamilien" wurde initiiert, auch mit der Maßgabe von mehr Einstellungen in den öffentli-

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) chen Dienst. Hier gibt es erste Erfolge bei der Polizei.

Welche Antworten gibt die CDU in diesem Politikfeld? Ich zitiere Herrn Rüttgers aus der "Rheinischen Post" vom 8. Dezember 1999:

"Wer seine Schulzeit nicht in Deutschland verbringt, der soll auch nicht mehr nach Deutschland kommen."

Das ist nicht nur rückwärtsgewandt, wie wir es von der CDU kennen, viel schlimmer noch, es ist latent rassistisch.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Gibt es die Familienpolitik bei der CDU nur für Deutsche? Darüber hinaus frage ich mich, wie das Freiheitsverständnis der CDU aussieht. Aber was will man von einer Partei erwarten, die, anstatt konstruktive Politik zu betreiben, Unterschriftenaktionen startet und Ängste der Bürgerinnen und Bürger schürt, um sich politisch zu profilieren?

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- (B) Wir GRÜNEN mußten an diesem Beispiel allerdings lernen, daß man sich zur Lösung einer Frage nicht auf einer politischen Mehrheit ausruhen darf, sondern daß es unsere Pflicht und Aufgabe ist, für eine gesellschaftliche Mehrheit zu kämpfen bzw. daran zu arbeiten, daß eine vorhandene gesellschaftliche Mehrheit nicht abhandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Bemerkung zur Altfallregelung machen. Es ist zwar zu begrüßen, daß es überhaupt eine Altfallregelung gibt; ich möchte aber auch nicht verhehlen, daß meine Fraktion über die jetzt erreichten Regelungen enttäuscht ist. Da Herr Beckstein die ohnehin schon engen Regelungen mit entsprechenden Anwendungshinweisen noch enger gemacht hat, ist es um so erfreulicher, daß Nordrhein-Westfalen hoffentlich Anwendungshinweise in der anderen Richtung erlassen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ausdrücklich begrüßen möchte ich an dieser Stelle, daß die SPD auf ihrem Bundesparteitag einer weiteren Aushöhlung des Asylrechts eine klare Absage erteilt und sich damit auch deutlich von unserem Bundesinnenminister distanziert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Berlin wird ja kolportiert, es liefe unter Schily und Beckstein ein Wettverfahren, wer im Falle eines Falles unter dem anderen Staatssekretär und wer Minister würde. Mir wäre es lieber, Schily kehrte zu seinen Wurzeln zurück und würde sich à la Flick-Untersuchungsausschuß um die schwarzen Konten der CDU kümmern.

Ich komme zur öffentlichen Sicherheit - ein Thema, bei dem die Opposition gerne lautstark tönt, aber außer Säbelrasseln nichts zu bieten hat. Wir dagegen haben die Vor- und die Nachsorge zum Beispiel durch den Täter-Opfer-Ausgleich entscheidend gestärkt. Seit Ende 1996 gibt es in NRW zwölf vom Land geförderte Täter-Opfer-Ausgleich-Beratungsstellen für Erwachsene in freier Trägerschaft. Darüber hinaus findet der Täter-Opfer-Ausgleich auch bei Jugendgerichtshilfen und Gerichtshilfen statt.

Laut dem zuständigen Servicebüro ist NRW damit in der Bundesrepublik führend. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten - zum Beispiel aufgrund der Skepsis bei den Staatsanwaltschaften oder dem noch fehlenden Zusammenspiel zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Täter-Opfer-Ausgleichsstellen - haben die neuen Projekte jetzt Tritt gefaßt. Die Fallzahlen steigen; die Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaften ist auf einem guten Weg.

Zur Polizei selbst nur soviel: Wir sorgen für Strukturverbesserungen und keine Leistungsprämie. Das sind geeignete Instrumente, um die Motivation bei der Polizei herzustellen. Auch in dem Zusammenhang geht es um Teamarbeit, und wenn erfolgreiche Arbeit stattfindet, soll sie auch honoriert werden, aber nicht, indem nur einige Bedienstete bevorzugt werden.

Ein Markenzeichen grüner und rot-grüner Politik in NRW ist die Frauenpolitik. Laut "FAZ" ist sie der einzige Bereich, in dem wir den Koalitionsvertrag gänzlich erfüllt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu hat sicher beigetragen, daß der Vertrag meist sehr konkret formuliert und damit eindeutig ist. Außerdem hat meine Fraktion auf dem Feld eine außerordentliche Geschlossenheit bewiesen und den Frauenpolitiker/inne/n so bei vielen Vorhaben den Rücken gestärkt. Daß Frauenpolitik bei uns Querschnittspolitik ist, habe ich anhand vieler bereits genannter Politikfelder schon deutlich gemacht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Große Erfolge haben wir aber auch in den Bereichen der originären Frauenpolitik zu verzeichnen. Unserem ganzheitlichen Ansatz zufolge haben wir damit auch Gesellschaftspolitik gemacht. Abgesehen davon - das interessiert übrigens gerade im Rahmen der Haushaltsdebatte - haben wir in diesen Bereichen viel Geld zur Verfügung gestellt. Das gilt neben der Förderung der beruflichen Gleichstellung und der Erwerbsarbeit von Frauen - etwa durch das Netz der Regionalstellen "Frau und Beruf" - insbesondere auch für die "Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen":

Standen beispielsweise 1995 für die Prävention 200.000 DM zur Verfügung, so sind es heute 1,9 Millionen DM, mit denen unter anderem das sehr erfolgreiche Programm "Selbstbehauptung und Konflikttraining für Mädchen und Jungen an Schulen" gefördert wird.

Für den Ausbau der Frauenberatungsstellen haben wir die Mittel von 3,8 Millionen DM Anfang 1995 auf 7,3 Millionen DM heute erhöht.

Frauenselbsthilfeeinrichtungen, die eine Krisenintervention bei sexualisierter Gewalt leisten, werden - seitdem wir die Verantwortung mittragen - neu gefördert mit aktuell 2 Millionen DM.

- (B) Außerdem stehen für Beratungsstellen zur Unterstützung der Opfer von Frauenhandel einschließlich der Schaffung geschützter Wohnsituationen heute knapp 1,8 Millionen DM bereit.

Die Finanzmittel für Frauenhäuser konnten von 10 Millionen DM im Jahre 1995 auf insgesamt rund 15 Millionen DM heute aufgestockt werden.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal betonen, wie wichtig das neue Landesgleichstellungsgesetz ist, das wir gemeinsam mit der SPD in einem geordneten parlamentarischen Verfahren durchgesetzt haben. Mittlerweile gibt es kritische Zuschriften der Kommunalen Spitzenverbände und des Städtetages. Das empfinde ich als bedauerlich. Als Kommunalpolitikerin nehme ich den Städtetag sehr ernst. Aber wer sich bei so wenig Regelungen in einem nicht überregulierten Bereich dermaßen beschwert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er es mit der proklamierten Frauenförderung vielleicht doch nicht so ganz ernst nimmt.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderes Stichwort, nämlich "Mädchenpolitik": Neben der Bedeutung als Querschnittsaufgabe

werden im Landesjugendplan neue Schwerpunkte gefördert, aus denen spezielle Mädchenprojekte schöpfen können. Dazu gehören zum Beispiel geschlechtsspezifische Angebote mit 3 Millionen DM oder Angebote der Prävention und Hilfen gegen sexuelle Gewalt mit 7 Millionen DM. Von der Reform haben die Mädchengruppen im Lande profitiert. Es entstanden landesweite und kommunale Arbeitsgemeinschaften. Es werden mehr Aktivitäten für Mädchen angeboten. Außerdem wird in beiden Landschaftsverbänden intensiv an Empfehlungen zur Mädchenarbeit in der offenen Jugendarbeit gearbeitet. Bundesweite Nachfragen beweisen die Aufbruchstimmung für die Mädchenarbeit in Nordrhein-Westfalen.

An der Stelle muß ich Herrn Meyer fragen, ob er das entweder alles nicht will oder meint, er könne neue Aufgaben immer nur durch mehr Geld finanzieren. Ansonsten muß er sich natürlich Verteilungsdiskussionen auch beim Landesjugendplan stellen. Dem haben wir uns gestellt, weil wir wissen, daß wir nicht immer nur noch mehr Geld oben drauflegen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die "neue" CDU im Westen gibt sich ja auch in der Frauenpolitik einen neuen Touch. Wir aber erinnern uns noch gut, wie grüne Projekte - etwa für Schwule und Lesben - hier in den ersten Jahren bekämpft und gegeißelt wurden. Nachdem seit Jahrzehnten Paare in "wilder" Ehe zusammenleben, hat es die CDU auch gemerkt und akzeptiert nun nichteheliche Lebensgemeinschaften und will auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften tolerieren. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der konservative Kern aber bleibt und ist nicht zu vertuschen. Wenn Sie von "Familie" und "Kindern" reden, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß Sie den Frauen, die berufstätig sein wollen, ein Betreuungsangebot bieten müssen.

(Lebhafter Widerspruch der Regina van Dinther [CDU])

Ich habe den Eindruck, daß Sie das nur zähneknirschend tun und nur darum um Ganztagschulen kümmern. Die Väter nehmen Sie schon gar nicht in den Blick. Das hat der Beitrag von Herrn Meyer eben wieder sehr deutlich gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Das klassische Rollenmodell wollen Sie wahrscheinlich auch über die nächsten 1000 Jahre noch so bestehen lassen. Ein sogenannter Familienparteitag, wie ihn die CDU unlängst abhielt, ist da nicht nur ein Hinterherlaufen, sondern auch eine Eintagsfliege.

(Regina van Dinther [CDU]: Das hätten Sie wohl gerne so!)

- Frau van Dinther, vielleicht freut es Sie nicht, daß ich das so genau weiß.

Lesen wir dann, daß der recht liberale Leitantrag gerade auf Antrag des CDU-Landesfürsten Rüttgers, der uns hier den Innovator machen will, verwässert und entschärft wurde, entlarvt Sie das, meine Herren von der CDU. Dazu fällt mir nur ein: Im Westen nichts Neues!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe, daß das Zeitalter der Patriarchen und der Lösung von Problemen durch Macher und Machtworte vorbei ist. Soziale Kompetenzen, Teamfähigkeit und Bescheidenheit sind angesagt, nicht nur in der Familie, sondern auch in der Politik. Das könnte zu einem Zugewinn an Vertrauen und Glaubwürdigkeit führen. Gerade die Politik hat es bitter nötig.

(B)

Man kann nicht von ganzheitlichem, vernetztem und globalem Denken und Handeln sprechen und dann nur in NRW bleiben. Mit der Eine-Welt-Politik weisen wir über die Grenzen unseres Landes hinaus. Seit drei Jahren machen in 19 Orten 25 lokale Eine-Welt-Promotorinnen die Kommunen fit für den Agenda-Prozeß. Sie unterstützen rund 2.000 Basisgruppen und bringen entwicklungspolitische Themen in die breite Öffentlichkeit ein. Ergänzt wird die Arbeit der lokalen Promotorinnen durch elf Fachkräfte auf Landesebene.

Damit ist durch grüne Politik ein bundesweit einzigartiges Netzwerk entstanden, das einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21 leistet. NRW hat mit den Promotorinnen und Promotoren ein Ziel der Konferenz in Rio de Janeiro von 1992 umgesetzt, nämlich Umwelt und Entwicklung zu einem Politikfeld in den Industrieländern zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Basis einer professionellen Eine-Welt-Arbeit wurde in dieser Legislaturperiode geschaffen. Mit

ihr verabschieden wir uns auch in der Entwicklungspolitik von einem patriarchalen Denkmodell.

(Beifall der Ute Koczy [GRÜNE])

Diese Politik ist ein sichtbares Zeichen unserer Gesamtverantwortung für diese ganze Eine-Welt.

Gesamtverantwortung zeigt sich auch und gerade in Haushaltsberatungen. Hier, meine Damen und Herren, bin ich entsetzt über das Vorgehen der CDU: Alles fordern, nichts solide finanzieren! - das kann man als trauriges Motto über die diesjährige Gesamtschau der CDU-Vorschläge stellen. Von einer Bilanz kann man da wirklich nicht sprechen. In den vergangenen Jahren haben Sie wenigstens noch versucht, den Anschein solider Haushaltspolitik zu erwecken.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie haben Änderungsanträge in Milliardenhöhe gestellt. Zur Hauptdeckung schlagen Sie überhaupt noch nicht zu beziffernde Einsparungen beim Immobilienmanagement vor. Das sind Luftbuchungen. Das ist unseriös. Das ist das Gegenteil von finanzpolitischer Nachhaltigkeit; denn unsere Kinder müssen es bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Für mich ist die CDU eine Häppchenpartei.

(Zuruf von der CDU: Was ist sie?)

Sie redet allen nach dem Mund, will mit liberalem Anstrich neue Schichten zur CDU locken, betreibt Lobbyismus an allen Ecken und Enden und stellt sich nicht der schwierigen gesellschaftlichen Diskussion, auch nicht gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Wie wir wissen, reichen Häppchen für den leichten Appetit, beim Smalltalk sozusagen. Langfristige Sättigung, nahrhafte Kost, vielleicht sogar Heilfasten - Fehlanzeige!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN begnügen uns nicht mit vorgefertigtem Fastfood oder smarten Fertig Häppchen. Wir haben ganze Menüfolgen im Programm. Wir stehen für ökologische und soziale Reformpolitik in den letzten Jahren dieses Jahrhunderts und sind auf gutem Wege für das nächste. Auch mit diesem Haushalt sind wir auf dem richtigen Weg. Dabei lassen wir uns nicht beirren und scheuen auch keine Konkurrenz.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Wenn wir auf unsere Arbeit in den vergangenen fünf Jahren zurückblicken, dann zeigt sich, daß wir den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler angenommen haben, mit dazu beizutragen, dieses Land zukunftsfähig zu machen und uns den gesellschaftlichen Herausforderungen des nächsten Jahrtausends zu stellen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wo sind eigentlich Ihre Minister?)

- Es ist viel wichtiger, daß Sie zuhören. Herr Vesper und Frau Höhn wissen das schon.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zuhören!)

- Frau Höhn ist im Bundesrat.

(Heinz Hardt [CDU]: Herr Vesper ist gerade Kaffee trinken! Der macht gerade Smalltalk!

- Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist das Niveau der CDU-Politik in diesem Lande!)

- Eben waren Sie alle Kaffee trinken. Herr Hardt, Sie unterschätzen die Kochkünste unseres Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Der macht keine Häppchen; der kann durchaus gut kochen. Ich habe nur davon gehört; leider habe ich noch nie etwas serviert bekommen.

- (B) (Lothar Hegemann [CDU]: Jetzt spricht das Oberhäppchen!)

Ich möchte jetzt - auch Herr Meyer hat das am Schluß seiner Rede getan - noch ein paar Worte zu den aktuellen, die Republik erschütternden Skandalen bzw. Affären sagen. Auf Nordrhein-Westfalen bezogen geht es um die Verquickung von WestLB und Landesregierung bzw. Landtag.

(Lothar Hegemann [CDU]: Die wollen Sie doch aufklären, haben Sie gesagt!)

Das, was da hochkommt, finden wir dringend und ohne Wenn und Aber aufklärungsbedürftig. Deshalb haben alle Fraktionen beschlossen, einen entsprechenden Untersuchungsausschuß einzusetzen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Ungern!)

Alle Fakten müssen auf den Tisch, um abschließend bewertet zu werden. Unabhängig von der Frage persönlicher Begünstigungen muß unmißverständlich die zukünftig strikte Trennung zwischen den Aufgaben der Landesbank und der Landesregierung geregelt werden. Allerdings - auch das möchte ich hier ganz deutlich sagen -: Die Aufsicht der Bank liegt beim Verwaltungsrat der

WestLB. Mir ist aus dem Gremium, in dem die GRÜNEN über den Landtag nicht vertreten sind, allerdings auch von Ihrer Seite, liebe CDU, nichts Erklärendes dazu gesagt worden. Auch das muß man, wenn man hier darüber spricht, sehr deutlich erwähnen. (C)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Für die Zukunft darf auch nicht der geringste Anschein von wie auch immer gearteten Freundschaftsdiensten bleiben. Es stünde allen in diesem Zusammenhang Beteiligten gut zu Gesicht - auch mit Blick auf die parlamentarische Demokratie -, nicht immer mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern den eigenen Laden transparent, offen und glaubhaft zu sortieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe als Kind gelernt: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

(Zuruf von der SPD: Das ist wohl wahr!)

Was die eigenen Parteifinancen angeht, kann jede und jeder alles zu jeder Zeit erst einmal selbst unter die Lupe nehmen. Daß die CDU - auch hier tut sich Herr Meyer in besonderer Weise hervor - nicht müde wird, ohne Rücksicht auf Verluste immer neue Gerüchte in die Welt zu setzen, um von dem Spendenskandal um Ex-Kanzler Kohl abzulenken, übersteigt an vielen Stellen die Grenzen des Erträglichen. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Meyer, mit dem neuen Haushalt haben wir ein Programm zur Stärkung der Medienkompetenz aufgelegt.

(Laurenz Meyer [CDU]: Sie?)

Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation. Dazu gehört auch der kritische Umgang mit dem und die kritische Bewertung dessen, was die Medien präsentieren. Bei Ihnen habe ich das Gefühl, daß Sie da noch ein paar Nachhilfestunden nehmen müßten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Johannes Remmel [GRÜNE]: Nachsitzen!)

Ich frage mich, was in diesem Spendensumpf noch alles zutage treten wird, wenn die CDU auf diese manchmal unappetitliche Weise gegenzuhalten versucht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aus dem Kommentar "Die Hierarchie der Skandale" von Kurt Kister aus der heutigen "Süddeutschen Zeitung" zitieren:

"Es gibt eine Hierarchie der Affären. Der Kanzler/Parteichef Kohl hat - eine andere Einschätzung hieße, seiner Intelligenz hohnzusprechen - lange bewußt gegen das Parteiengesetz verstoßen.

Er hat es getan, weil er den Wert seiner Lebenserfahrungen höher einschätzte als den von Gesetzen, die unter seiner Regierung beschlossen wurden. Dies ist ein echter Skandal, aber es offenbart auch die Entwicklung der Hybris bei Kohl, der Macht zunächst als geliehen, dann als verdient und schließlich als ihm selbstverständlich zustehend betrachtete."

(Laurenz Meyer [CDU]: Lesen Sie mal weiter!)

Bei allem, was es hier in NRW aufzuklären gibt: Dieser Skandal um Kohls Umgang mit Spendengeldern bewegt sich in einer anderen Dimension.

(Laurenz Meyer [CDU]: Warum lesen Sie an der Stelle eigentlich nicht weiter?)

- (B) - Herr Meyer, Sie suchen sich auch aus, was Sie in welchem Zusammenhang wie zitieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Ich habe doch gesagt, daß es auch in NRW darum geht, die Sachen aufzuklären. Ich habe es doch gesagt.

(Unruhe - Glocke)

Ich habe auch letzte Woche im Rahmen der öffentlichen Nachbetrachtung der Fragestunde sehr deutlich gemacht, daß ich es nicht für angemessen gehalten habe, daß die Landesregierung die Fragen, die Sie mit der Kleinen Anfrage gestellt haben, nicht direkt und ordentlich beantwortet hat

(Beifall bei der CDU)

und in der letzten Woche mit diesen juristischen Spitzfindigkeiten versucht hat, sich ein Stück weit aus der Affäre zu ziehen. Das habe ich letzte Woche sehr deutlich gesagt.

(Zuruf von der CDU: Es geht um das Zitat!
- Unruhe - Glocke)

Trotzdem, Herr Meyer, müssen wir bei aller Notwendigkeit der sachlichen und gründlichen Aufklärung wirklich aller aufklärungsbedürftigen Sachverhalte darauf bedacht sein - dies möchte ich abschließend betonen -, daß unsere parlamentarische Demokratie keinen Schaden erleidet. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Ministerpräsident Clement das Wort.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt, den wir heute behandeln und verabschieden werden, ist der erste Haushalt für das neue Jahrhundert. Es ist sozusagen ein Jahrhunderthaushalt. Gemessen daran liegt die CDU weit hinter ihren Ansprüchen zurück. In meinen Augen war das, was Sie, Herr Kollege Meyer, zur Sache vorgetragen haben, ziemlich kleine Münze.

(Beifall bei der SPD)

Millenniumsfähig war es jedenfalls nicht, was Sie vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ein überzeugendes Konzept, wie die CDU die Zukunft gestalten will, habe ich aus der Polemik, die Sie hier breitgetreten haben, nicht zu erkennen vermocht.

(Beifall bei der SPD)

Was ich erkannt habe, Herr Kollege Meyer, ist, daß Sie sich in Ihrer Spezialität, nämlich der Beschäftigung mit Affären, am wohlsten fühlen.

(Beifall bei der SPD)

Unter diesem Aspekt, Herr Kollege Meyer, war Ihre Rede zu diesem Thema eine Herausforderung für die politische Kultur in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind geradezu eine Herausforderung für die politische Kultur in unserem Land, Herr Kollege Meyer.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Das heißt zu deutsch: Eine politische Kultur muß sehr stark sein, um Sie auszuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin voller Zuversicht, daß uns das in Nordrhein-Westfalen gelingen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich zudem erneut zu der sogenannten Flugaffäre geäußert - das war ja zu erwarten -, was zur Zeit Ihre Lieblingsbeschäftigung ist. Ich habe für die Landesregierung zu diesem Vorgang das aus meiner Sicht Notwendige gesagt.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Nie vollständig!
- Laurenz Meyer [CDU]: Aber wie! -
Hermann-Josef Arentz [CDU]: Würmer aus der Nase!)

Außer an Herrn Kollegen Meyer richte ich an alle die Bitte, bei der weiteren Erörterung dieses Themas den Herrn Bundespräsidenten und das Amt des Bundespräsidenten, wenn es irgend geht, aus dieser Auseinandersetzung herauszuhalten.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich bitte Sie jedenfalls, der Person Johannes Rau und seinen Verdiensten und dem Amt, das er bekleidet, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Sie bräuchten keine Krokodilstränen zu vergießen, wenn Sie zur Kenntnis nähmen, was der Bundespräsident glaubwürdig gesagt hat und sagt: Ich habe zu privaten Zwecken keine Flüge mit der Charterfluggesellschaft der WestLB unternommen. Ich habe dies zu dienstlichen Zwecken getan. Punktum. - Mit ein bißchen Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl wäre es das, Herr Kollege Meyer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Meyer, Sie sollten auch wirklich keine Worte über den Geburtstagsempfang verlieren, den die Landesregierung und die Stadt Wuppertal gemeinsam mit dem Freundeskreis Johannes Rau aus Wuppertal zu dessen 65. Geburtstag organisiert haben. Sie selbst sind es, Herr Kollege Meyer, der die Gerüchte um die Finanzierung dieses Geburtstagsfestes durch die WestLB in die Welt gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: So war es! - Zuruf von der SPD: Sie sind die Quelle der Gerüchte!)

- (C) Es ist sehr schwer, diese Art der Scheinheiligkeit zu ertragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich betrachte das, was Sie dazu sagen, nur noch als schäbig, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Auch zu dem Geburtstagsempfang, den die Landesregierung, die Stadt Wuppertal und der Freundeskreis Johannes Rau gegeben haben, ist durch die Landesregierung das Notwendige gesagt. Jeder und jede hier weiß, daß zum 65. Geburtstag jedes Fraktionsvorsitzenden in diesem Land - ob von der CDU, der SPD, der Freien Wählergemeinschaft oder woher sonst - eingeladen wird und Sponsoren um Unterstützung gebeten werden für entsprechende Empfänge in allen Orten, Städten und Gemeinden unseres Landes.

(Widerspruch bei der CDU)

Es ist schlichtweg an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten, dieses Thema so zu behandeln, wie Sie es tun.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Das, Herr Kollege Meyer, was Sie vorhin an die Adresse meines Kollegen und Freundes Heinz Schlußer gerichtet haben, kommt aus dem Sous-terrain des politischen Geschmacks.

(Beifall bei der SPD)

Sie gehören zu der Sorte Politiker, Herr Kollege Meyer, die die Sumpflöcher geradezu suchen, in denen Sie anschließend baden möchten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ein bißchen Nachdenken, Herr Kollege Meyer, würde Sie dazu bringen ---

(Zurufe von der CDU - Erhebliche Unruhe - Glocke)

Mit ein bißchen Nachdenken, Herr Kollege Meyer, würden Sie darauf kommen, daß es geradezu Stuß sein muß, für einen Flug nach Rostock und zurück 60.000 DM oder sogar mehr zu bezahlen. Sie werden sicherlich, wenn Sie in einer stillen Stunde, vielleicht im Hinterzimmer, vielleicht in der Dunkelkammer - wenn es um die schwarzen Kassen geht -,

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) einmal zur Besinnung kommen, mit mir davon ausgehen und feststellen: Es könnte sich hierbei entweder um einen Irrtum oder eine Fälschung handeln. Beides werden wir sehr schnell wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Meyer, Sie haben es, nachdem dieses Thema nun wirklich von oben bis unten durchgelutscht war, für richtig gehalten, noch einmal nach dem IC 72 zu fragen. Ich lese Ihnen dazu jetzt die Stellungnahme des ehrenamtlichen Geschäftsführers von IC 72, Herrn Böger, vor, der schon am 19.10.1999, nachdem genug von diesem Unsinn verbreitet worden war, an uns, die Mitglieder des IC 72, geschrieben hat - ich zitiere diesen Brief fast durchgehend -:

"Mehrfach wurde in jüngster Zeit unser Investment-Club IC 72 vereinzelt in den Medien erwähnt und teilweise versucht, sowohl das Ansehen des Clubs als auch das von einzelnen Mitgliedern herabzusetzen. Trotz der in der Bundesrepublik Deutschland permanent und im Land Nordrhein-Westfalen wieder anlaufenden Vorwahlkampfzeiten ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen zu den frei erfundenen Unterstellungen und geradezu absurden Verdächtigungen im Zusammenhang mit dem IC 72 zu schreiben.

(B)

Von der Gründung des IC 72 im Oktober 1972 bis zum heutigen Tag und für die Zukunft sind auch in unserem Investmentclub als einem von Tausenden solcher privaten Anspargesellschaften schlichtweg normal, das heißt rechtlich einwandfrei und in jeder Hinsicht beleg- und beweisbar, sämtliche Transaktionen vorgetragen, beraten und beschlossen sowie abgewickelt worden ...

Schließlich wurden natürlich auch die jeweils geltenden Bestimmungen der Wertpapierhandelsgesetze von den Beteiligten einschließlich der bankenmäßigen Betreuung des Vermögensverwaltungsgeschäftes sowie seit einiger Zeit durch die Portfolio-Managerin im Rahmen des für jeden Privatkunden geltenden Portfolio-Management-Vermögens-Verwaltungsvertrages stets beachtet ...

Dies gilt selbstverständlich darüber hinaus für die Vereinbarung über die Erhebung und Zahlung ganz normaler Gebühren für die übliche Verwaltung des langjährig in monatlichen Raten angesammelten Clubvermögens ...

Als mit dem Ehrenamt des stellvertretenden Geschäftsführers seit Gründung des IC 72 und des ehrenamtlichen Geschäftsführers seit 1994 betrauter Gesellschafter erlaube ich mir daher, die teilweise in der Presse im Zusammenhang mit dem privaten Investment-Club IC 72 sozusagen als Beimengungen zu anderen Komplexen unterstellten Verbindungen und Behauptungen als baren Unsinn und allesamt frei erfunden nachhaltig zurückzuweisen."

Dieser Brief endet dann:

"Für den kaum noch zu erwartenden Fall,"

- da hat er sich vertan, er hat Herrn Kollegen Meyer nicht gekannt -

"daß sich der Versuch einer unseriösen Berichterstattung über den privaten Investment-Club IC 72 noch fortsetzen sollte, wird seitens des Unterzeichners erwogen, alle Gesellschafter um gegebenenfalls teilweise Befreiung des Geschäftsführers vom Bankgeheimnis zum IC 72 zu bitten, um nötigenfalls offensiver zu vertreten, daß weder der Club noch seine Mitglieder mit der Entstehung und ihrem Vermögensanteil am IC 72 irgend etwas zu verbergen hätten. Herzliche Grüße, Ihr ..."

Ich stelle Ihnen dieses Papier gerne zur Verfügung. Sie können dem jederzeit nachgehen, damit Sie dann auch wirklich beruhigt sind.

Ansonsten ist Ihnen alles, was diese sogenannten Flugaffäre angeht, und damit dieses Spielzeug insgesamt aus der Hand genommen worden. Meine Fraktion - ich bin dafür sehr dankbar - hat den Untersuchungsausschuß beantragt und die Fragen formuliert, die mit dem, was Sie als Flugaffäre zu betrachten pflegen, verbunden sind. Die Angelegenheit ist damit in der Verantwortung des Landtags. Ich bin voller Vertrauen in die Aufklärung dessen, was aufzuklären ist. Für die Landesregierung habe ich das Notwendige betreffend die Mitglieder der Landesregierung gesagt. Dabei bleibt es.

Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für das Jahr 2000 ist ein Haushalt, bei dem es sich lohnt, einen Moment lang innezuhalten

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist wohl wahr!)

und dann nach vorne zu schauen. Ich glaube, daß die Landesregierung, die ich zu führen die Ehre

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) habe, versucht hat, ihrer großen Verantwortung für dieses große Land gerecht zu werden. Wir sind sehr stolz, daß wir für diese Arbeit, die wir tun, das Vertrauen der Mehrheit der Menschen besitzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns sehr, daß dieses Vertrauen immer wieder, auch jetzt aktuell bestätigt wird - nachdem wir eine sehr schwierige politische Phase, was uns Sozialdemokraten angeht, in der Bundesrepublik durchgemacht haben.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Ministerpräsident! Darf ich Sie einmal unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meyer zulassen?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Nein, das möchte ich nicht, Herr Präsident.

Wir Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen haben aus diesem Land gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam mit den Unternehmen, gemeinsam mit den Institutionen, gemeinsam mit allen verantwortlichen Kräften ein wirtschaftlich starkes, ein sozial gerechtes, ein ökologisch orientiertes, also ein im besten Sinne modernes Land gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Land Nordrhein-Westfalen ist im Westen der Bundesrepublik Deutschland in einer einzigartigen Situation: Kein Land hat einen tiefgreifenderen, tiefgehenderen Strukturwandel durchzumachen als Nordrhein-Westfalen.

Aus Nordrhein-Westfalen, aus der industriellen Substanz dieses Landes - Kohle, Stahl, Chemie - ist die Bundesrepublik Deutschland wieder aufgebaut worden. Dieses Land, das aus Kohle, Stahl und Chemie entstanden ist, hat jetzt, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, den Strukturwandel zu bewältigen, der sich aus der Veränderung in der Weltwirtschaft, in der industriellen Wirtschaft ergibt.

Ich behaupte: Wir haben auf dem Weg dieses Strukturwandels viel erreicht, aber wir haben auch noch viel vor. Denn es gilt, was einer meiner Amtsvorgänger, Heinz Kühn, in einem anderen Zusammenhang gesagt hat: "Immer auf dem Weg, niemals am Ziel!"

Das ist schon deshalb so, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, weil wir uns nicht mit zweitklassigen Lösungen in Nordrhein-Westfalen zufriedengeben. Wir wollen das Beste für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Die Prioritäten unserer Politik in Nordrhein-Westfalen sind klar, sie werden durch den Landeshaushalt, den wir hier vorlegen und um dessen Verabschiedung wir bitten, noch einmal unterstrichen: Wir wollen Beschäftigung sichern. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen Zukunftschancen eröffnen.

Dieser Zukunft in einem neuen Jahrhundert können die Menschen - davon bin ich überzeugt - in unserem Land Nordrhein-Westfalen mit Zuversicht entgegensehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr glücklich - wenn ich Umfragen in Nordrhein-Westfalen betrachte und all das kleine Karo weglasse -, daß die ganz große Mehrheit der Menschen in Deutschland wie bei uns hier in Nordrhein-Westfalen voller Zuversicht in die Zukunft schaut und daß sie - auch in der Rückschau - dieses Jahr 1999, das von vielen als ein sehr schwieriges angesehen worden ist, als ein gutes für die Bundesrepublik Deutschland ansieht.

Vor den Jahren 2000 und 2001 stehen wir vor einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Konjunkturprognosen sind nach oben korrigiert worden. Wir erwarten ein Wirtschaftswachstum von etwa 2,5 % für die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten zwei Jahren.

Ja, die Vorboten dieses Aufschwungs werden jetzt auch am Arbeitsmarkt deutlich: Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen geht zurück. Im Oktober - und ungewöhnlicherweise erst recht im November - liegt die Anzahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen entgegen dem Bundestrend unter 800.000. Noch deutlicher wird das an der strukturellen Veränderung - abgesehen davon, daß natürlich auch demographische Faktoren eine Rolle spielen -, und noch deutlicher wird die Veränderung am Arbeitsmarkt daran, daß die Zahl der offenen Stellen im November in Nordrhein-Westfalen so hoch ist, wie sie es seit den 60er Jahren nicht mehr war.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen sinkt kräftig. Im November 1999 lag sie um fast

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) 10.000 Arbeitslose niedriger als im Vorjahr. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit ist innerhalb eines Jahres von 11,3 % auf 9,7 % gesunken. Das ist aus meiner Sicht der wichtigste, der deutlichste Fortschritt am Arbeitsmarkt. Ich bin stolz darauf, daß dies möglich war.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der jugendlichen Langzeitarbeitslosen in unserem Land - welch ein Begriff: jugendliche Langzeitarbeitslose! - ist innerhalb eines Jahres um 40 % zurückgegangen. Das ist der Weg, auf dem wir weitergehen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben diese Fortschritte, weil wir in Nordrhein-Westfalen auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik setzen - anders als die frühere Bundesregierung. Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik unter Einsatz von öffentlichen Mitteln bekämpfen wir das Schlimmste, was es am Arbeitsmarkt gibt, nämlich die Jugendarbeitslosigkeit - und wir senken sie, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ein gutes Zeichen ist auch, daß wir bereits im Oktober dieses Jahres - rechnerisch aufs ganze Land bezogen - mehr offene Ausbildungsplätze als nachfragende Jugendliche hatten. Das heißt nicht, die Situation im Lande besser zu malen, als sie tatsächlich ist. Wir wissen um die sehr schwierige Ausbildungsmarktsituation im Kreis Recklinghausen, in Gelsenkirchen, im Kreis Wessel, im östlichen Ruhrgebiet, in Lünen, Unna und Hamm.

Aber es ist ein gewaltiger Fortschritt, daß es uns gelungen ist, in diesem Jahr die besten Zahlen am Ausbildungsmarkt seit 1992 zu erreichen und, wie gesagt, einen rechnerischen Ausgleich am Ausbildungsmarkt herzustellen. Unsere Ausbildungsplatzgarantie gilt: Jeder junge Mann und jede junge Frau, der bzw. die einen Ausbildungsplatz will und einen Ausbildungsplatz ausfüllen kann, bekommt in Nordrhein-Westfalen einen Ausbildungsplatz angeboten.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt in diesem Jahr. Dieses Versprechen lösen wir in diesem Jahr ein. Dieses Versprechen lösen wir selbstverständlich auch im nächsten Jahr und darüber hinaus ein. Wir werden diese Anstrengungen zur Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation selbstverständlich über die Jahre hinweg

fortsetzen, solange der Anstieg der Zahl der Auszubildenden andauert. Bis etwa 2004 oder 2005 werden wir solche Anstrengungen unternehmen müssen.

Wir wollen mehr Beschäftigung durch eine aktive, offensive und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Die Gründungsoffensive "GO!", die wir in Nordrhein-Westfalen gestartet haben, hat von 1995 bis zum ersten Halbjahr 1999 fast 48.000 zusätzliche Unternehmen nach Nordrhein-Westfalen gebracht. Der Gründungsgewinn 1998 und im ersten Halbjahr 1999 liegt in Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 18.246 zusätzlichen Unternehmen wieder fast so hoch wie in Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Der Beschäftigungseffekt von Neugründungen zwischen 1996 und 1998 liegt bei 645.000 Arbeitsplätzen; davon sind 420.000 abhängig Beschäftigte. Meine Damen und Herren, das sind Erfolge, die sich für die Menschen auszahlen und auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Meyer erhebt in diesem Zusammenhang zwei Vorwürfe. Ein Vorwurf betrifft das Lieblingsthema der Opposition, nämlich die Investitionsausgaben. Das ist jedes Jahr das gleiche Thema, jedes Jahr die gleiche Diskussion. Dadurch wird es nicht besser, die Behauptungen werden nicht richtiger. Ich will aber dennoch zur Aufklärung beitragen: Die Investitionsquote 1999 lag in Nordrhein-Westfalen bei 10,5 % - in Zahlen: 9,6 Milliarden DM -, in Baden-Württemberg bei 9,5 % - in Zahlen: 5,3 Milliarden DM - und in Hessen bei 9,3 % - in Zahlen: 3,1 Milliarden DM. Damit investiert Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr fast doppelt soviel wie Baden-Württemberg.

Außerdem, meine Damen und Herren, ist derjenige, der behauptet, nur Investitionen seien gewissermaßen gute Ausgaben, schlichtweg auf dem Holzweg. Der oder die hat den Blick für die Realitäten verloren.

Nehmen wir als Beispiel die Wirtschaftsförderung: ob Kredite, ob Schuldendiensthilfe an Unternehmen und Gemeinden, ob Meistergründungsprämie, ob Gründungsoffensive, also Investitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen - diese Ausgaben werden im Haushalt des Landes nicht als Investitionen ausgewiesen. Sie sind aber nichts anderes als Maßnahmen zur intensiven

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Förderung von Investitionen. Sie fördern Investitionen, sie bringen Investitionen, und sie bringen unsere Wirtschaft voran, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Natürlich, Herr Kollege Meyer, haben Sie recht: Die wirtschaftliche Lage und der Strukturwandel in diesem Land sind eine langwierige Angelegenheit. Wer wüßte das nicht? Das wissen die Menschen landauf, landab nun wirklich. Jeder und jede weiß, daß dies nicht von heute auf morgen und auch nicht in drei oder fünf Jahren geht. Aber das Land und erst recht nicht der Mittelstand haben es verdient, daß Sie alles und alle schlechtreden.

Sagen Sie mir doch, Herr Kollege Meyer, wer in diesem Jahr den Paul-Schnitker-Preis erhalten hat! Wer hat in diesem Jahr den Preis der Union mittelständischer Unternehmen bekommen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Halten Sie die alle für sozialdemokratische Tarnorganisationen?

(Lebhafte Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

- (B) Sind das etwa Organisationen, Herr Kollege Meyer, die ihre Preise nicht nach Leistung und Kompetenz vergeben? Kann es Zufall sein, daß kein CDU-Politiker und keine CDU-Politikerin vom Mittelstand als preiswürdig angesehen worden ist? Oder kann es sein, daß Sie mit Ihrer Politik nicht mehr an der Spitze der Bewegung sind?

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Bodo Champignon (SPD): Nur platte Sprüche! - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Die Vermutung und Ihr Verhalten, Herr Kollege, sprechen dafür, daß ich recht habe: daß Sie die Sorge haben, daß Ihnen die Mittelstandspolitik abhanden kommen könnte. Jawohl, sage ich Ihnen, sie wird Ihnen abhanden kommen, wenn sie Ihnen nicht schon abhanden gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Verlassen Sie sich darauf - ich komme gleich noch darauf zurück -, daß es noch viel stärker wird. Die Mittelstandspolitik, die Politik der neuen Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen wird Sie noch auf sehr viel härtere Proben, vor sehr viel schärfere Herausforderungen stellen, als Sie sie bisher haben durchmachen müssen.

(C) Meine Damen und Herren, das ist unsere ganz besondere Verantwortung: jungen Menschen Mut machen, ihre Zukunft eigenständig und eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Sie sagen im Tone des Oberlehrers: Die Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen sind selbstverständlich nicht dümmer als die in Bayern. Mein Gott, auf diese Idee wäre man nicht mal in Bayern gekommen!

(Beifall bei der SPD)

Unsere besondere Verantwortung ist es, jungen Menschen Mut zu machen. Unsere besondere Verantwortung ist es, jungen Menschen alle Hilfe zu geben, die sie brauchen, um in Zukunft bestehen zu können. Unsere besondere Verantwortung ist es, jungen Menschen zu zeigen: Wir sind da, wenn ihr uns braucht. Das ist ein wichtiges Signal, das die jungen Leute ins nächste Jahrhundert mitnehmen sollten.

Das zweite Signal ist: Nordrhein-Westfalen ist ein Land in Bewegung. Die jungen Menschen sind es, die unser Land schon heute und noch mehr im nächsten Jahrhundert in Bewegung halten müssen und in Bewegung halten werden. Wir, die heute Verantwortung tragen, müssen dafür sorgen, daß wir den jungen Leuten die besten Startbedingungen geben und die besten Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft bauen. Wir tun das mit unserer Politik für wirtschaftliche Modernisierung, für einen starken und innovativen Mittelstand, damit ein lang anhaltendes Wachstum neue Ausbildungsplätze und neue sichere Arbeitsplätze schaffen kann. Und wir sichern mit unserer Koalition die Zukunft der jungen Leute mit einer Politik für breite, exzellente Bildung und Qualifikation. Daran wird auch im Haushalt 2000 nicht gespart.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen und Herren, jeder und jede, die lesen wollen und lesen können, lesen können und lesen wollen, wissen: Seit Jahren steigen in Nordrhein-Westfalen die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung stärker als die Ausgaben des Haushalts insgesamt. Wir wissen - und diese Koalition trägt dem mit diesem Haushalt Rechnung -: Wissen ist die Lebensversicherung der Menschen in der Wissensgesellschaft, Wissen ist die Voraussetzung für Chancengleichheit im 21. Jahrhundert.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir Sozialdemokraten - und heute auch: wir Sozialdemokraten und GRÜNEN, wie ich vermute - sind stolz auf die vielfäl-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) tigste Schullandschaft, die es in Deutschland gibt, die wir in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz darauf, daß wir unter dem Stichwort der verlässlichen Schule von 8 bis 13 Uhr und darüber hinaus den Eltern und insbesondere den Müttern schon jetzt viel von der Sorge abnehmen können, die sie um ihre Kinder haben, wenn sie berufstätig sind. Wir dreschen keine Phrasen, wir handeln! Nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehr verlässlichen Unterricht von 8 bis 13 Uhr als hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist der Kurs, auf dem wir weitergehen werden.

Nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland erreichen mehr Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluß als bei uns. 94 % aller Schülerinnen und Schüler, die in Nordrhein-Westfalen eine Schule besuchen, erreichen auch einen Schulabschluß. Das ist Rekord in Deutschland!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

(B)

- Ja, darüber können Sie sich aufregen. Aber wir können das auch gern ruhig diskutieren. Ich sage Ihnen nur, und das ist mein Verständnis von Chancengleichheit: daß junge Leute bei uns die Möglichkeit haben, einen Schulabschluß zu erreichen, und daß sie auch einen Schulabschluß machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie bringen jetzt immer dieses wunderbare Beispiel der Nachhilfe; Herr Kollege Blömer, Sie haben das letztsens auch schon angesprochen, wenn ich mich recht erinnere. "Nachhilfe" scheint Ihr neues Thema zu sein. Vielleicht brauchen Sie sie ja, aber es mag ja sein, daß das ernst gemeint ist.

Unsere Zuhörerinnen und Zuhörer möchte ich gern darauf hinweisen, daß die Zahlen, die die CDU dazu immer anzuführen pflegt, aus Untersuchungen stammen, die jede Betreuung am Nachmittag als Nachhilfe rechnen. Solche Zahlenangaben sind interessengeleitet und rechnen zum Teil Hausaufgabenkontrolle der Eltern ein, indem sie dafür einen fiktiven Stundenlohn ansetzen. Dann

ergeben sich so groteske Zahlen, wie sie hier veröffentlicht werden.

(Zurufe von der SPD: Unglaublich! - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Es bedarf offensichtlich auch auf diesem Gebiet der Nachhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung sorgt dafür - das gehört zu unseren wichtigsten Erfolgen -, daß die Menschen in Nordrhein-Westfalen in größtmöglicher Sicherheit leben und daß ihre Kinder möglichst sicher aufwachsen können. Wir sind ein bißchen stolz darauf; wir überschätzen das nicht und wissen, daß dies ein schwieriger Weg ist. Wir sind entschlossen, diesen Weg fortzusetzen.

Hervorheben möchte ich aber doch, daß seit 1996 die Kriminalität in unserem Land zurückgeht. Die Aufklärungsquote ist so hoch wie nie zuvor. Sechs der zehn sichersten deutschen Großstädte liegen in unserem Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind wichtige Signale.

In unserem Land gibt es so viele Polizeibedienstete wie nie zuvor, nämlich 53.000. Das sind 43.000 Polizeivollzugsbeamte mit Verwaltungskräften, das sind 4.000 Anwärter, das sind 6.000 Tarifarbeiter - das sind 53.000 im Verhältnis zu 37.000 im Jahre 1970. Das zeigt, welche Bedeutung wir dem Thema "innere Sicherheit" geben.

Über 640 Ordnungspartnerschaften im ganzen Land bemühen sich darum, daß die Kriminalität so gering wie möglich bleibt. Ich bin all denen dankbar, die sich in diesen Ordnungspartnerschaften engagieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Unser Land Nordrhein-Westfalen wird auch in Zukunft das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland sein. Die solidarische Gesellschaft ist für uns in diesem Land kein Schlagwort, sondern eine Lebenserfahrung. Darum bemühen wir uns, Bürgersinn und Gemeinsinn in Nordrhein-Westfalen zu fördern, und wir rufen gerade die jungen Menschen in unserem Lande auf, die Bürgergesellschaft der Zu-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) kunft mitzugestalten; es ist die Gesellschaft, in der sie leben und arbeiten werden.

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen wird auch in Zukunft ein weltoffenes und tolerantes Land sein, in dem niemals das kleine Karo überhand gewinnen wird. Wir sind heute schon ein internationales Land. Wir sind seit Jahrzehnten das Zentrum im Westen Europas. Diese Position Nordrhein-Westfalens wollen und werden wir ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

In 14 Tagen geht ein Jahrhundert zu Ende, ein Jahrhundert, das vor allem in der ersten Hälfte von nationalem Denken mit verheerenden Folgen geprägt war. Das haben wir überwunden, und wir alle sagen: Das darf nie wiederkehren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Daß Europa kein Traum mehr, sondern Wirklichkeit ist, spürt man wohl nirgendwo in Deutschland so stark wie bei uns in Nordrhein-Westfalen - politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell. 15 % der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union werden in der Großregion aus den Benelux-Staaten - Belgien, den Niederlanden und Luxemburg - und Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet. Das sind über 1000 Milliarden Euro. Wir in Nordrhein-Westfalen haben gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn und Freunden die große Chance, zu einem Zentrum europäischer Prosperität, zu einem starken Motor der europäischen Integration im 21. Jahrhundert zu werden. Partnerschaftliche Internationalität und konsequente Europäisierung müssen zum Markenzeichen Nordrhein-Westfalens und zu Leitbildern für die Leistungs- und Verantwortungsträger in unserem Land werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Gemeinsam mit unseren Partnern in der europäischen Nachbarregion entwickeln wir die besten Lösungen für die Herausforderungen von Morgen am Arbeitsmarkt, in der Schule, in der Hochschule, in den Betrieben, in den Verwaltungen, in der Politik. Politik ist längst grenzüberschreitend, erst recht bei uns in dieser Wirtschaftsregion.

Deshalb sage ich: Nordrhein-westfälische Politik ist immer auch europäische Politik. Der Weg unseres Landes führt direkt nach Europa. Unsere Zukunft ist Europa; sein Motor wird ein starkes Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Deshalb werden wir unsere Kinder nach besten Kräften auf die Europäisierung vorbereiten, denn auf die jungen Leute von heute wird es ankommen. Sie werden die Zukunft unseres Landes bestimmen und den Weg, den unser Land im 21. Jahrhundert gehen wird.

Ich wünsche mir, daß unser Land Nordrhein-Westfalen in Bewegung bleibt. Wir gehen den Weg weiter. Wir gehen diesen Weg mit einer neuen Bundesregierung weiter. Nach 16 Jahren hat die Regierung Schröder die Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland übernommen. Wir in Nordrhein-Westfalen unterstützen von Nordrhein-Westfalen aus die Bundesregierung auf dem Weg der ökonomischen und ökologischen Erneuerung in sozialer Verantwortung, wie ihn die neue Bundesregierung eingeschlagen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die neue Bundesregierung - das wird am Ende dieses Jahres sehr vielen Menschen offensichtlich sehr viel deutlicher, als es bisher war - hat wichtigste Reformprojekte, wichtigste Projekte der Erneuerung auf den Weg gebracht:

- die erste Stufe der Steuerreform, die gerade die kleinen und mittleren Einkommen und die Familien mit Kindern entlastet und sie finanziell besser stellt, als dies vorher geschehen ist;

(Zuruf der Regina van Dinter (CDU))

- Kindergelderhöhungen für Familien mit Kindern, von denen die nächste am 1. Januar 2000 in Kraft tritt, wie es sie in den zurückliegenden 16 Jahren nicht einmal gegeben hat, meine Damen und Herren;

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- eine Steuerreform, deren erste Stufe in Kraft ist und Nachfrage geschaffen hat in der Bundesrepublik Deutschland;

- einen Familienleistungsausgleich, der jetzt in der zweiten Stufe auf den Weg gebracht worden ist;

- eine Ökosteuerreform, die jetzt kompatibel ist mit den Erfordernissen unseres Landes, die sowohl den heimischen Bergbau nicht gefährdet, nicht tangiert als die Solarenergie, die Solarzellenproduktion in unserem Lande massiv fördert durch eine Verbesserung der Stromeinspeisevergütung und Energiesparmaßnahmen durch eine deutliche Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) wie es in dem Kompromiß, den wir zur Ökosteu-
erreform erzielt haben, zuwege gebracht worden
ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf diesem Weg, den die Bundesregierung mit diesen und anderen Maßnahmen eingeschlagen hat, gehen wir in aller Konsequenz weiter. Die notwendigen Grundlagen für eine Rentenreform sind - nach einer für meine Partei außerordentlich schwierigen Diskussion in ganz Deutschland, mit entsprechenden Wahniederlagen - gelegt. Heute beginnen die Diskussionen zur Rentenreform mit der Opposition. Ich hoffe, daß dort ein gemeinsamer Weg zu einer Rentenstrukturreform, die diesen Namen verdient, eingeschlagen werden kann und daß wir sehr rasch zu Ergebnissen kommen werden.

Wenn Sie, Herr Kollege Meyer, fragen - wenn ich das richtig verstehe -, was dies für Nordrhein-Westfalen bedeutet, dann sage ich Ihnen: Es bedeutet, daß die Lohnnebenkosten endlich wieder unter Kontrolle kommen in der Bundesrepublik Deutschland,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) nachdem nach 16 Jahren Ihrer Regierungszeit die Steuern und die Lohnnebenkosten - denken Sie an die Rentenversorgung und die Gesundheitsreform - explodiert waren und Sie gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in die Situation gebracht haben, in der sie heute sind, Herr Kollege Meyer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Grundlagen für die Rentenreform sind gelegt. Der Bundesarbeitsminister hat für die Rentenreform den Weg, der zu gehen ist, skizziert.

Die Gesundheitsreform ist, soweit dies unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat möglich ist, auf den Weg gebracht. Die Lohnnebenkosten werden nicht steigen, auch nicht im Blick auf die Gesundheitsreform.

Wir stehen unmittelbar vor einer Unternehmenssteuerreform, die - bereiten Sie sich darauf vor - zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Unternehmenssteuerreform sein wird, die explizit die kleinen und mittleren Unternehmen fördern wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist die Politik unserer Koalition in Düsseldorf; das ist die Politik der Koalition in Berlin. Ich bin

sehr froh, daß wir auf diesem Gebiet weitere Fortschritte erzielen werden.

Herr Kollege Meyer, weil es Ihnen soviel Freude macht, will ich Ihnen, was den Straßenbau und insbesondere den Bundesstraßenbau angeht, auch sagen: Der mangelnde Fortschritt in Nordrhein-Westfalen in der Optimierung unserer Straßen - um nichts anderes geht es - hat nichts mit irgendwelchen Planungsschritten in Nordrhein-Westfalen zu tun, sondern ausschließlich mit mangelndem Geld und vor allen Dingen damit, Herr Kollege - wenn Sie sich bei Gelegenheit mit dem Thema beschäftigen wollen -, daß das Neubauprogramm, das Investitionsprogramm des früheren Bundesverkehrsministers mit 90 Milliarden DM unterfinanziert war.

(Beifall bei der SPD)

Wir verhandeln mit der Bundesregierung über die notwendigen Schritte, und alles das, was von mir auf diesem Weg vorgezeichnet worden ist, wie Sie es in Erinnerung gerufen haben, wird vollzogen.

Meine Damen und Herren, wir sind in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg. Der vorliegende Haushalt ist der Haushalt des Jahres 2000. Er schafft die Grundlagen für ein verantwortliches Handeln, bei dem die Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen an der Spitze steht, bei dem das Thema der Bildung, Weiterbildung, Ausbildung und Qualifikation absolute Priorität für uns genießt, wobei es darauf ankommt, im Lande die Mobilität herzustellen - auch die verkehrliche, aber beileibe nicht nur auf der Straße -, die wir in einer Wirtschaftsregion von der Größe Nordrhein-Westfalens im Nordwesten Europas brauchen. Für all dies schafft der Haushalt die Grundlagen. Er eröffnet die Perspektiven für eine Zukunft Nordrhein-Westfalens in der Bundesrepublik Deutschland und im Nordwesten Europas, in den wir eingeflochten sind.

Ich wünsche mir und Nordrhein-Westfalen am Ende dieses Jahrhunderts, am Ende des Jahres 1999 vor dem Schritt über die Schwelle ins Jahr 2000, daß Freiheit und soziale Gerechtigkeit, daß Fairneß und Solidarität das Handeln aller bestimmen werden, die Verantwortung für unser Land tragen, heute und im 21. Jahrhundert. - Ich danke Ihnen. Glück auf!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen **schließe ich die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.**

(Anhaltende Unruhe)

- Damit wir die Abstimmung durchführen können, bitte ich um Aufmerksamkeit. Wenn alle zuhören, stimmt auch niemand an der falschen Stelle ab.

Ich lasse erstens abstimmen über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2000** entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/4522. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt, den **Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung gemäß Drucksache 12/4517** anzunehmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in der dritten Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet.**

Ich rufe zweitens das **Haushaltsgesetz 2000** zur Abstimmung auf. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in Drucksache 12/4522, den **Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der vom Ausschuß zur dritten Lesung beschlossenen Änderungen** anzunehmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei drei Enthaltungen **verabschiedet.**

Ich rufe drittens die **Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003** entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/4521** auf. Ich bitte um **Kenntnisnahme**, die ich hiermit feststelle.

Wir stimmen abschließend über die drei vorliegenden **Entschließungsanträge ab.**

Wir stimmen zunächst ab über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/4556**, Stichwort: "Den Qualitätspakt nutzen zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in NRW". Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es

Enthaltungen? - Dann ist dieser Entschließungsantrag Drucksache 12/4556 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei drei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **angenommen.**

Ich rufe zur Abstimmung auf den Entschließungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/4557** mit der Überschrift: "Nicht benötigte Kindergartenplätze für andere Altersstufen nutzen". Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit dieser Entschließungsantrag Drucksache 12/4557 einstimmig **angenommen.**

(Heinz Hardt [CDU]: Ihr kommt spät, aber es ist dennoch richtig!)

Ich rufe nun zur Abstimmung auf den Entschließungsantrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/4568**, Überschrift: "Bürgerinformationszentrum - Bürgernahe Landesverwaltung durch verbessertes Kommunikations- und Beschwerdemanagement".

(Heinz Hardt [CDU]: Solch ein Schwachsinn!)

Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 12/4568 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei zwei Enthaltungen **angenommen.**

Damit sind die **Haushaltsberatungen** für den Haushalt 2000 **abgeschlossen.**

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich rufe auf:

2 Abschlußbericht der Enquete-Kommission I "Zukunft der Erwerbsarbeit"

Bericht
der Enquete-Kommission I
gemäß § 33 Abs. 3 der Geschäftsordnung
Drucksache 12/4488

Meine Damen und Herren, nach § 33 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung legt die Enquete-Kommis-

(C)

(D)